

Der Grundstein.

Offizielles Wochenblatt für die deutschen Maurer und verw. Berufsgenossen.

Obligatorisches Organ für die Mitglieder des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

sowie der

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Glaser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“.

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M 1 (ohne Bestellgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M 1 40.

Herausgeber u. verantwortl. Redakteur i. Ver. F. Paschlow, Hamburg.
Redaktion und Expedition:
Hamburg 5, Brennerstraße 11, 1. Etage.

Rechts-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 80 A.
Zeichungs-Preisliste Nr. 8888.

Enthalt: Die „Muster-Sozialdemokraten“. — Eine Rede an die deutsche Nation. — Der Reichstag. — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen. — Versammlungen und sonstige Bewegung. — Krankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterschutz, Subventionen zc. — Eingegangene Schriften. — Briefkasten. — Streitabrechnungen. — Zentralverband der Maurer. — Zentralkrankenkasse. — Anzeigen.

An die Bauarbeiterschaft Deutschlands!

(Bauhülfsarbeiter, Banktumpner, Bauhölzer, Bauhütten, Bildhauer, Dachdecker, Glaser, Maler, Maurer, Ofenseher, Steinhauer, Steinseker, Stukkateure, Zimmerer.)

Der zweite Bauarbeiterschuttkongress

findet, wie wir früher bereits bekannt gegeben haben, am **Sonntag, den 29., Montag, den 30.,** und wenn erforderlich, **Dienstag, den 31. März 1903**

zu Berlin

im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, statt.

Die Verhandlungen beginnen Sonntag, den 29. März, 7 Uhr Abends, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterschutts. Berichterstatter: Th. Bömelburg.
2. Der gegenwärtige Stand des Bauarbeiterschuttes und Beratung weiterer Maßnahmen. Berichterstatter: G. Heintke.
3. Wohnklausel in Bauverträgen. Berichterstatter: Chr. Döbenthal.
4. Anträge, soweit dieselben bei den vorhergehenden Punkten nicht erledigt sind.

Wir eruchen die gesammte Bauarbeiterschaft Deutschlands, zu der vorstehenden Tagesordnung sowie zur Besichtigung des Kongresses Stellung zu nehmen und erwarten, daß auch dieser Kongress, genau so wie sein Vorgänger im Jahre 1899, eine imposante Demonstration wird gegen die Mißstände im Baugewerbe.

Bzüglich der Vertretung lassen wir vollständig freie Hand. Es ist zulässig, daß die einzelnen Branchen für einen Ort oder auch für mehrere Orte gemeinsam eine Delegation entsenden, wie es auch gestattet ist, daß die Bauarbeiterschaft eines Ortes sich auf eine gemeinsame Vertretung einigt.

Die Delegierten haben sich durch Mandat zu legitimieren, und zwar für jeden durch sie vertretenen Ort durch ein besonderes Mandat. Ist ein Delegierter von verschiedenen Branchen entsandt, dann sind die für die Delegation in Betracht kommenden Berufe auf dem Mandat anzugeben. Die Mandate sind aber nur dann gültig, wenn dieselben von mindestens drei Personen unterzeichnet sind.

Mandatsformulare sind bei den Zentralvorständen der für die einzelnen Berufe bestehenden Organisation oder bei dem Sekretär der Unterzeichneten, G. Heintke, Hamburg, Brennerstr. 11, 2. Et., zu haben.

Die Wahl der Delegierten ist in Mitglieder- oder öffentlichen Versammlungen vorzunehmen. In Fällen, wo zur Abhaltung von Versammlungen ein Lokal nicht zur Verfügung steht, kann die Wahl auch durch Unterschriften vollzogen werden. Die Unterschriften sind dem Mandat mit beizufügen.

Die Unkosten der Delegation haben Diejenigen zu tragen, welche die Vertretung entsenden.

Im Anschluß an den Kongress halten die Verbände der Bauarbeiter, Maler, Maurer und Zimmerer ihre Verbandstage ab. Es dürfte sich empfehlen, die zu den Verbandstagen delegierten Berufsgenossen auch mit der Vertretung auf dem Kongress zu betrauen. Dadurch

wird die Delegation bedeutend billiger, indem die betreffenden Verbände für ihre Delegierten die Reisekosten selbst zahlen.

Stwaige Anträge für den Kongress, welche Bezug haben auf den Bauarbeiterschutts und die sonstige Tagesordnung, sind der Unterzeichneten spätestens bis zum **1. März** zu unterbreiten. Die Anträge werden dann 14 Tage vor Stattfinden des Kongresses öffentlich bekannt gegeben.

Für die örtlichen Vorarbeiten ist in Berlin ein Lokalkomitee eingesetzt, bestehend aus Vertretern der in Betracht kommenden Berufe.

Dem Lokalkomitee ist von der erfolgten Wahl zum Delegierten Mittheilung zu machen; ebenfalls, ob die Beförderung eines Logis gewünscht wird.

Die Drucksachen für den Kongress (Bericht der Zentralkommission für Bauarbeiterschutts zc.) werden, soweit es sich um Delegierte handelt, die zugleich auch Delegierte der Verbandstage obengenannter vier Verbände sind, durch die betreffenden Zentralvorstände, an die anderen Delegierten durch das Lokalkomitee versandt; selbstverständlich auch nur an diejenigen, welche sich angemeldet haben.

Alle Sendungen, Anfragen zc. sind zu richten: für das Lokalkomitee an G. Lint, Berlin, Engelufer 15, für die Unterzeichneten an Th. Bömelburg, Hamburg, Brennerstr. 11, 1. Et.

Hamburg, im Februar 1903.

Die Zentralkommission für Bauarbeiterschutts.

Im Auftrage:
Th. Bömelburg, Maurer.
Fr. Schrader, Zimmerer.
G. Wentker, Maler.

Die „Muster-Sozialdemokraten“.

Ein Loblied auf die „Freie (Afford-)Vereinigung der Maurer Hamburgs“.

Die „freien“ Hamburger Affordmurer, die Arbeitwilligen sans phrase, deren Schimpfergüsse gegen die Verbände und die sozialdemokratische Partei Hamburgs sich seit Jahr und Tag in einigen „freistündigen“ Zeitungen zu einem Ekel erregenden Schlämmer verdröhnten, scheinen auf die Dauer nicht das nötige Entgegenkommen bei ihren bürgerlichen Freunden gefunden zu haben. Die „freien“ Männer fühlen sich vereinsamt und haben das Bedürfnis nach Anschluß an eine Körperschaft, die, wenn auch nur scheinbar, Arbeiterinteressen vertritt. Unsere Hamburger „Freunde“ glauben einen Stützpunkt, wenn zunächst auch nur mittelbar, an den Logalorganisierten Maurern Berlins finden zu können. Und unser „Schriftfreund“ Kessler in Berlin — er sorgt für den Gumor in der Gewerkschaftsbewegung — ist auch nicht abgeneigt, seine sonst so oft mit Recht zum Auswurf geachtete Abneigung gegen die Affordarbeit im Innersten seines Herzens zu verschließen und die „freien“ Hamburger Affordjäger — in seine Arme zu schließen.

Die freien Männer wandten sich also an die „Geschäftsleitung der freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ mit dem Ersuchen, ihnen zu erlauben, daß sie „Die Einigkeit“ als Organ für ihre Veröffentlichungen benutzen dürften. Diese Erlaubnis kann die erwähnte Geschäftsleitung aber nicht ohne Weiteres erteilen; denn sie hat mit der Logalorganisation der Berliner Maurer zu rechnen, die gewissermaßen das Rückgrat der „freien Gewerkschaften“ bildet. Die Logalorganisierten Maurer — sie nennen sich Vertrauensmänner — Zentralisation, und diese haben außer in Berlin und Umgegend noch in einigen wenigen Orten Mitglieder — haben aber durch Konferenzbeschlüsse die Affordarbeit verworfen. Die Vertrauensmänner Zentrali-

ation der Maurer steht bezüglich der Affordarbeit im schärfsten, prinzipiellen Gegensatz zu den Hamburger Affordmurem, viel schärfer als unser Zentralverband in seiner Gesamtheit.

Nichtsdestoweniger stimmt Kessler, für den die Frage der Affordarbeit seit über 15 Jahren ein Mittel war, die „Hamburgerzeit“ und den Zentralverband in der unaufersten Weise zu bekämpfen, jetzt die lieblichsten Höflichkeitstöne an, um die Berliner Affordgegner geneigt zu machen, den Hamburger Affordjägern freundschaftlich die Hand zu reichen, Niedertracht, welche Wege nicht zu noch wandeln!

Bei dieser Gelegenheit versucht Kessler auch, die Entwicklung der Hamburger Organisation und der Affordarbeit darzustellen. Wir wollen zu seinen Gunsten annehmen, daß er in einigen Punkten grundrichtig beobachtet hat und im Uebrigen über alle Gebühr belogen worden ist; immerhin hätten wir Kessler für klüger gehalten, als daß er seinen Lesern solchen albernen Schwachs vorsetzt. Wer das Geschwafel glaubt, muß ja die Dummheit mit Köpfeln eingenommen haben. Um uns nicht in Verdacht zu bringen, wir hätten unserem „Freund“ Unrecht, müssen wir schon Einiges von dem Kessler'schen Unsinn abdrucken:

... Die Hamburger Maurerorganisation war ihrer Geschlossenheit wegen, in der sie nach außen austritt, ein Wunder und ein Gegenstand der Verehrung, dabei war sie nach innen aber eine Kolonnenführer-Republik, die keinen einzelnen Herrn aufkommen läßt. Wenn man auch die Mitglieder oft genug tyrannisierte, die leitenden Kolonnenführer wollten und durften überall mitberathen und mitbeschließen. Es waren sehr selbstbewußte und sehr harthaltende Männer, die sich den Vorwand und auch den Zentralvorstand nicht über den Kopf wachsen ließen.

Als also (1) der Leiter der Maurerbewegung ein „großer Mann“ wurde und sich noch zu höherem Berufen glaubte, da man ja die Verbände für berufen hielt, unter Leitung der Staatsregierung, mit den Behörden Hand in Hand wichtige soziale Aufgaben zu lösen, man sich also regierungsfähig machen wollte und hohe Ansehungen von der eigenen Fähigkeit erhielt, konnte es nicht ausbleiben, daß diese Kolonnenführer der Affordarbeiter sehr unbehaglich wurden. Man sann darauf, sie abzuschließen, und urplötzlich wurde in der Hamburger Logalorganisation der Maurer die Abschaffung der Affordarbeit beschlossen, natürlich bloß für Hamburg; der Verband dachte nicht daran, sie auch anderswo abzuschaffen. Die alten Kolonnenführer, die genau merkten, was man damit wollte, operierten nicht gerade klug. Der Streich gelang, sie wurden aus dem Lokalverein herausgedrängt. Man „ernannte“ sie zu Streikbrechern, wie etwa der Fürst von Monaco einen Schneidermeister in Berkeley zu seinem Hoflieferanten ernannt, obgleich er ihm niemals etwas geliefert hat, noch jemals liefern wird. So, der Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ließ sich gegen diese Affordmurer mißbrauchen.

Unsere Leser kennen das ja. Über sofort, als dies erreicht war, als die alten Kolonnenführer so aus der Hamburger Organisation beiseite waren, da führte man die Affordarbeit mit einer geradezu letzten Begründung auch bei den organisierten Hamburger Maurern wieder ein. Man steckte den Beschluß der Abschaffung der Affordarbeit einfach wieder in die Tasche. So liegt die Sache heute in Hamburg.

Schließlich singt Kessler das hohe Lied der Affordmurer als Sozialdemokraten, wobei er es sich nicht verhehlen kann, mit dem schon so alten und ganz unbewiesenen Verdächtigungen zu operieren:

„Die Affordmurer sind jedenfalls gute Sozialdemokraten. Viele von ihnen kennen wir von früher. Sie sind zum Theil wenigstens uns als Personen von hoher Ehrenhaftigkeit bekannt. Wie können wir nicht, die selbst damals, als man mit Beschuldigungen unter den Maurern-

werkte, um sie von der Vertrauensmänner-Zentralisation loszureißen, die ihnen gemachten Anerbietungen zurückzuweisen. Das geschieht, für sie.

Wir wollen hierzu kurz und bündig erklären: Hier in Hamburg hat noch niemand von den Alfordmännern den Ruß gehabt, solche Ansuchen gegen die frühere Leitung der Organisation zu erheben. Noch niemand hat hier die ihm von Kehler angebotene Ehrenhaftigkeit resamirt. Wir fordern Herrn Gustav Kehler hiermit öffentlich auf, Namen zu nennen, damit Unrecht gesühnt und die Ehrenhaftigkeit auch in Hamburgs Mauern nicht länger verkannt werde.

An anderer Stelle seines Artikels sagt Kehler:

Die Maurerzentralisation wird am 1. März d. J. in einer Konferenz der Zentralorganisationen aus Berlin, zu der auch die ferner wohnenden Maurerorganisationen Vertreter senden können, wenn sie es wollen, und die vielleicht auch eine Abstimmung beschließen könnte, zu der Frage Stellung nehmen. Bis dahin bleibt die Frage ruhen. Die Redaktion der „Einigkeit“ ist ersucht worden, in der Sache ein unerbittliches Gutachten abzugeben, das vor dem 1. März noch diskutiert werden könnte.

Und zum Schluß heißt es:

Wenn es also bei den zentralisierten Mauern unserer freien Vereinigung keinen Anstoß erregen würde, würden wir rathen, ihnen zu erlauben, unter Anerkennung unserer Programmresolutionen, sich als Sonderorganisation der freien Vereinigung anzuschließen. Wir würden aber dagegen sein, wenn dadurch auch nur der leiseste Zwiespalt bei unseren Mauern entstehen würde, denn im Grunde stehen diese Verbände, die für uns früher keine Sympathie gezeigt haben, jetzt, da sie selbst die Wohlthat der Verbänderei erfahren haben, noch immer fern genug, um uns ihrer Wohlthat keine Laus in den Mund zu setzen. Die Diskussion ist eröffnet.

In diesen Darlegungen erweist Kehler den Anschein, als wäre er von der Zentralorganisation der Berliner Maurer beauftragt, den Artikel zu veröffentlichen. Aus der nächsten Nummer der „Einigkeit“ (Nr. 5) erfahren wir aber, daß „Freund“ Kehler ohne Auftrag gehandelt hat. Die Redaktion der „Einigkeit“ sieht sich nämlich veranlaßt, eine Erklärung zu veröffentlichen, in der es zum Schluß heißt:

Es ist nicht richtig, daß die Geschäftsleitung der Maurerzentralisation zum 1. März eine offizielle Konferenz für die gesammte Zentralisation geplant hat, auch ist von keiner dazu berechtigten Stelle die Redaktion der „Einigkeit“ ersucht worden, in der Sache ein Gutachten abzugeben.

In derselben Angelegenheit schreibt uns ein Hamburger Mitglied unseres Verbandes, das die Entwicklung des Verhältnisses mit dem Alfordmännern und die Fortentwicklung dieser Leute zu

„guten Sozialdemokraten“ eingehend verfolgt hat:

Daß die von der politischen Organisation ausgeschlossenen Alfordmänner gute Sozialdemokraten sind, diese Behauptung wird in einem Artikel in Nr. 4 der „Einigkeit“, dem Organ der „Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften“ aufgestellt. Die „Einigkeit“ macht den Versuch, an der „Freien Vereinigung der Alfordmänner Hamburgs“ zu einer Art Probenreise vorzunehmen. Es werden die von der Partei ausgeschlossenen Herren Auslösungen als wichtige und wahrhafte Mitarbeiter hingestellt, die vollständig engelrein dastehen und niemanden im Leben je das Wasser gereicht haben, und die nur deshalb aus der Partei ausgeschlossen wurden, weil die bösen „Verbändler“ in der Hamburger Zählstelle unvorsichtig die Abschaffung der Alfordarbeit beschlossen, die alten Alfordkolonnenführer zu Streikbrechern ernannten und aus der Zählstelle herausdrängten. Nach diesem Aktentat auf die „alten Alfordkolonnenführer“ ließ sich dann der Parteitag in Lübeck gegen die Anhänger der Alfordarbeit mißbrauchen. Den Mißbrauch erdicht die „Einigkeit“ darin, daß der Parteitag in der Sonderbündel keine Förderung der Arbeiterfrage finden konnte, um so weniger, wenn die Sonderbündel zu den ausgedehnten Zwecken betrieben wird, das Streikbrechertum zu organisieren.

Und um Verräther handelt es sich bei der „Freien Vereinigung der Alfordmänner Hamburgs“, einzig und allein. Schon 1901 ist dies in der von dem Hamburger Gewerkschaftsrat herausgegebenen kleinen Flugchrift: „Sind die Hamburger Alfordmänner Streikbrecher oder nicht?“ haarelein nachgewiesen worden. Bei unseren Tarifberatungen hat sich jene Opposition bemerkbar gemacht; und um den von der Gesamtheit der Hamburger Maurer anerkannten Tarif voll zur Geltung zu bringen, mußte Jeder, der später den Tarif zu durchbrechen suchte, zur Weichschaff gezogen werden. Quersetzte sich dann heraus, daß an einer Zählstelle 15 Kollegen arbeiteten, die heimlich hinter dem Rücken der Organisation, mit dem Unternehmer Alford abgeschlossen hatten. Die Angelegenheit wurde untersucht; die angefallenen Kollegen legten sich aufs Reuigen und versicherten auf „Ehrenwort“, daß sie nach dem auch von ihnen anerkannten Tarif in Anzeigeln arbeiteten. Der Vorstand der Zählstelle begnügte sich mit diesem „Ehrenwort“ und die Sache wäre wahrscheinlich erledigt gewesen, wenn sich der Unternehmer nicht über die Schlechtigkeit und das unmoralische Verhalten seiner Gesellen der Organisation gegenüber aufgehalten hätte. Der Unternehmer lieferte den Beweis, daß der Verband in diesem Falle nicht mit ehrlichen Mitgliedern zu thun hätte, sondern mit Scheinbündeln, bei denen weder Ehrenwort noch sonst etwas irgend wahren

Verth hat. Es wurde dann in einer Sitzung mit den Worten brüchigen verhandelt; auch jetzt noch wollten sie sich auf Reuigen verlegen, bis der Vorstand mit seinem Beweismaterial heraustrückte. Als die Herren nun nicht mehr ausweichen konnten, schlugen sie einen anderen Ton an: hatten sie so lange die Beleidigungen und Verkränkelt geübt, würden sie jetzt brutal einschreiten auf die Organisation und deren Leitung und drohten mit der Gründung eines Lokalvereins. Alle Versuche, die Angelegenheit gütlich zu regeln, scheiterten. Der Vorschlag des Vorstandes, den Alfordvertrag rückgängig zu machen oder doch wenigstens das Versprechen abzugeben, nach Fertigstellung des übernommenen Baues nach dem in der Versammlung zugestimmten Tarif zu arbeiten, wurde von den Alfordern abgelehnt und mit „Ja“ beantwortet, worauf nun endlich der Leitung der Verbandszählstelle nichts weiter übrig blieb, als in der nächsten Versammlung den Ausschluß dieser 15 „Kollegen“ zu beantragen, welchem Antrage selbstverständlich Folge geleistet wurde. So vollzog sich das „Hinausdrängen“ der alten Alfordkolonnenführer aus der Organisation. Die alten Kolonnenführer waren zum Theil aber noch recht junge Leute, denen Klassenkampf und Gewerkschaftsorganisation eben solche gleichgültigen Dinge waren, als ihr gegebenes Ehrenwort.

Radem sich die Sache so weit abgespielt, verurtheilte die wegen ihres unkolonialen Verhaltens Ausgeschlossenen den Vorgang zu verdrängen; sie schrieben über „Anarchismus“ innerhalb unserer Organisation und verurtheilten den erfolgten Ausschluß als einen Gewaltakt darzustellen, wodurch sie in ihrem Rechte beschränkt werden sollten. Arbeitsverträge nach freiem Ermessen abzuschließen. Es gestellten sich weitere Elemente zweifelhaften Charakters hinzu, welche wohl weniger prinzipielle Gegner der Tagelohnarbeit waren, sondern nur die Gelegenheit wahrnahmen, hinter den Alfordmännern Deckung zu suchen. Leute, die alles Mögliche auf dem Verdacht haben, A. B. Sammeliten der sozialdemokratischen Partei zum persönlichen Vortheil fortzuziehen, Unferschriften gefälscht, Verbandsgebäude unterschlagen usw.; wurden mit offenen Armen aufgenommen und dann die „Freie Vereinigung der Alfordmänner Hamburgs“ konstituiert. Nun machte man es sich einfach zum Prinzip, den Unternehmern die Führer einzulassen, sich als Alfordmänner anzubieten und zu versuchen, Unternehmern wie Verbandskollegen zum Tarifbruch zu verleiten. Die Hamburger Bauhauen schlußmüthiger Sorte hatten nun Hilfskräfte erhalten, um ihre Gewerbe als Arbeiter in vollem Maße betreiben zu können, und jeder weitere Tarifbruch wurde von Seiten der Alfordmänner damit beschönigt, daß man vorgab, so handeln zu müssen, um die individuelle Freiheit des Einzelnen bei Abschließung von Arbeitsverträgen zu wahren.

Daß die Zählstelle des Zentralverbandes hierdurch in eine schlimme Lage gedrängt wurde und zwar Aufrechterhaltung des Tarifs über die Alfordbauten die Sperre verhängen mußte, ist ja selbstverständlich. Und nun spielten die Alfordmänner wieder die gekränkte Unschuld; und um sich ja recht den Ansehen der Wiederamneigung zu geben, wurden sie Streikbrecher aus Prinzip. Ueberall ist die Verbandskollegen wegen schlechter Behandlung, Maßregelung, Zahlungsunfähigkeit des Unternehmers usw. die Arbeit einstellen und die Sperre über die in Frage kommenden Bauten verhängen, traten die „freien“ Männer als Helfer der Unternehmer in Thätigkeit. Die Leute glaubten, sich Alles erlauben zu können, was im Allgemeinen anständige Arbeiter mit Verachtung erfüllt. Die Krone wurde aber dem Ganzen dadurch aufgesetzt, daß sich die Leute trotz ihres unqualifizierbaren Handelns noch als „gute Sozialdemokraten“ betrachteten wollten. Aber das Treiben dieser „Auch“-Genossen wurde den Parteigenossen schließlich doch zu bunt und es wurde aus mehreren Bezirken der drei Wahlkreise gleichzeitig der Antrag auf Ausschluß dieser organisierten Streikbrecher gestellt. Nicht von der Organisation der Maurer, sondern aus den Kreisen der thätigen Genossen wurde der Ausschluß beantragt, indem die Genossen sich schämten, länger mit Leuten, welche Tag für Tag die Solidarität mit Führern traten, in parteigenössischer Verbindung zu stehen. Die Vorgänge innerhalb der Parteiorganisation und auf dem Parteitag zu Lübeck werden auch der Redaktion der „Einigkeit“ bekannt sein. Tatsache ist aber, daß ein großer Theil der Genossen auch noch dem Parteitag daran glaubte, die Hamburger Alfordmänner seien keine Streikbrecher, sondern gute Genossen.

Heute sind auch diesen Genossen die Augen geöffnet, und zwar dadurch, daß bei unserer letzten Bewegung für Einführung der neunständigen Arbeitszeit die Mitglieder der „Freien Vereinigung der Alfordmänner Hamburgs“ sich freiwillig dem „Arbeitgebern“ ohne Wahl zur Verfügung stellten. Ueberall, wo die im Verbandsorganisierten Kollegen die Arbeit einstellen, um für die neunständige Arbeitszeit zu kämpfen, stellen die Herren Alfordmänner sich ein, um die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufzunehmen, ja, sie arbeiten jetzt sogar im Tagelohn als Streikbrecher, wenn nur der Unternehmer den „Verbändlern“ gegenüber aus der Klemme geholfen wurde. Und darum ist heute auch in ganz Hamburg jeder ordentliche Arbeiter davon überzeugt, daß die „Freie Vereinigung der Alfordmänner Hamburgs“ nur zu dem Zwecke existirt, um den Unternehmern Vorpostendienste zu leisten. Angenommen wird in Arbeiterkreisen, daß einige Leute hierbei ein sehr gutes Geschäft auf Kosten der Unternehmer machen. Trotz alledem werden diese „Ehrenmänner“ in der „Einigkeit“ als „gute Sozialdemokraten“ hingestellt, die nur zum Streikbrecher „ernannt“ sind.

Für den Fall, daß das bisher Angeführte noch nicht genügen sollte, unsere Berliner Alfordorganisierten Kollegen von der „Ehrenhaftigkeit“ der Hamburger „freien Alfordmänner“ zu überzeugen, will ich die Gesellschaft in Nachstehendem noch etwas näher beleuchten, und zwar sollen die Herren in Selbstzeichnung vorgeführt werden.

Herr Claus Hüben, der eigentliche geistige Leiter dieser „guten und lassenvergnügten Sozialdemokraten“, der früher agitatorisch für den Verband thätig war und, wenn ich nicht irre, auch einmal das Zeug in sich spürte, ein „großer Mann“ in dem Verbands zu werden, hatte zu der Partei feier 1902 ein Referat in einer Mitgliederversammlung der Alfordmänner übernommen und dort nach unvorderlegten Zeitungsberichten etwa Folgendes ausgeführt:

„Die Maifestzüge sollen Demonstrationen darstellen, um die Nacharbeit zu bewegen, endlich den internationalen Achtundneunzig einzuführen und einen allgemeinen Vorkriegfrieden zu sichern. Den hohen Idealismus, der in diesen Bestrebungen liegt, könne man offen und frei anerkennen, nur nicht die Mittel, die angewandt werden, um zum Ziele zu gelangen; seit 1890 werden Maifestzüge veranstaltet, welche Folgen dieselben für die Arbeiter mit ihren Angehörigen hatten, darüber ließe sich manches traurige Reden sagen. Hamburg zählte rund drei Viertel Millionen Einwohner, von diesen könne man circa 200 000 als Arbeiter, kleine Gewerbetreibende usw. in Anschlag bringen. Ungefähr 82 000 sozialdemokratische Stimmen würden bei den letzten Reichstagswahlen abgegeben, nach den Berichten im „Echo“, natürlich mit dem unermesslichen „Ausschnitt“, sollen etwa 25 000 Personen, Männer, Frauen und Kinder, an dem letzten Maifestzuge theilgenommen haben. Frage man sich nun: waren dies Alle überzeugungstreue Mai-Demonstranten, die Kinder abgerechnet, so müsse man mit einem entscheidenden „Nein“ antworten. Aus sogenannten „Märläusen“ oder direkt und indirekt „gezogenen“ Demonstranten, die vielfach selbst nicht wissen, weshalb sie demonstrieren, setze sich der größte Theil der Maifestzüge zusammen. (Zustimmung.) Die Maurer sagen sich A. B., ich muß die Arbeit am 1. Mai ruhen lassen, am Bau oder in den Versammlungen des Zentralverbandes ist dieses beschlossen, am Nachbarn ruht die Arbeit ebenfalls, füge ich mich dem nicht, dann habe ich Unangenehmes zu erwarten z. B. also die Furcht sei der bestimmende Faktor mit, die so viele Arbeiter veranlassen, sich in den Maifestzug mit hineinzulassen. (Aufse: Sehr richtig!) Man lasse sich von den Parteigrößen eine „Maikarte“ und eine „Maizeitung“ in die Hand drücken, ertrichte seinen Bolus dafür, durchziehe, sobald die Straßen, wobei man sich in dem Glauben wiege, der Maifestzug trage dazu bei, den Machthabern Furcht einzuflöhen, dieselben durch das Gimmarschieren nach dem „Märläusen“ und durch Massenverteilung von Bier usw. peu à peu zu bewegen, die Forderungen der sozialdemokratischen Partei anzuerkennen. Wer dieses wirklich glaube, befinde sich auf einem gewaltigen Salwege; das gerade Gegenteil sei vielmehr der Fall, die Gegner lachen sich in's Häuslein, sie sagen sich, jetzt hin, dort laufen die Summen, die sich von ihren Führern jedes Jahr am 1. Mai noch fortwährend am — sie führen lassen. Auch die fonderbare Partizip, die das „Hamburger Echo“ befolge, komme für die Alfordmänner besonders in Frage; das „Hamburger Fremdenblatt“ zog dieser Tage mit Recht eine Parallele zwischen den sogenannten „schwarzen Listen“, den Wohlthätigkeitslisten der Sozialdemokraten und denen der Arbeitgeber, der Baugewerksinnung, „Mauhütte“ in Kiel, erstere bestehen natürlich immer zu Recht, die letzteren dagegen in allen Fällen zu Unrecht. Nur bestimmte, im „Echo“ namhaft gemachte Wirtschaftler sollen von den „Genossen“ frequentirt werden, die logische Konsequenz sei die, daß alle nicht in der Wohlthätigkeit genannten Wirtschaftler, die keine sozialdemokratischen Versammlungen, weil die Verhältnisse es nicht gestatten, bei sich haben können, von Gästen gemieden, also hirtlich schicklich zu Grunde gerichtet werden sollen. Es sei dies ein neues, kein bürgerliches, sondern ein sozialdemokratisches Recht, welches die bürgerlichen Parteien, wenn sie glauben, von ihren Wählerkreisen bedrängt zu sein, nicht für sich in Anspruch nehmen dürfen, thun sie es dennoch, dann nenne das „Echo“ es „hungergeheim“. Zu dem bekannten Grundsatze: „Gutes Recht für Alle“, ebenfalls eine höchst merkwürdige Illustration! Die Zeitungs polemik, die zwischen den Redakteuren des „Echo“ in der Festsandstraße und dem „Fremdenblatt“ entfallen sei, zeichne sich noch dadurch aus, daß das sogenannte „Arbeiterblatt“ mit einer Flut von Schimpfwörtern um sich werfe, während die letztgenannte Zeitung, resp. die Redakteure derselben, sich belästigen, nur eine rein sachliche Kritik zu üben. Die „schwarzen Listen“, die der Zentralverband der Maurer verbreite, in welchen die Mitglieder der „Freien Vereinigung“ als aus der Arbeiterschaft, das heißt nur aus der sozialdemokratischen, ausgeschlossen bezeichnet werden, hätten im „Hamburger Echo“ noch nie ein Wort der Mißbilligung gefunden, man verjuche immerfort, die Alfordmänner in Mißkredit zu bringen, man gestattete es aber den Angehörigen nicht, sich in der sogenannten „Arbeiterzeitung“ zu verteidigen. Im Uebrigen müsse man sich fragen, ob die Alfordmänner überhaupt noch Anspruch darauf erheben können, sich Sozialdemokraten nennen zu dürfen; der Lübecker Parteitag (September 1901) schuf bekanntlich eine erste und zweite Klasse von Sozialdemokraten; zu der letztgenannten Klasse, aber nicht in Hamburg, sondern nur in Berlin, bei dem dortigen Parteitag, sollen die Alfordmänner gehören, nur wenn sie ihre Parteibeiträge in die Zentralkasse fließen lassen, dürfen sie in Deutschland — mit Ausnahme von Hamburg-Altona und Wandsb. — mit hoher parteibürgerlicher Erlaubnis den Sozialdemokraten beizuschließen. Auf diese Ehre müsse es ausdrücklich verzichtet. Mit den Worten: „Lehnen Sie die Arbeitsruhe am 1. Mai, lehnen Sie überhaupt den ganzen Maifestzug mit Allem, was daran hängt, einstimmt ab“, schloß Claus Hüben unter allseitiger Zustimmung seine Ausführungen.“

In derselben Weise, wenn nicht noch schlimmer, zieht derselbe Herr Claus Hüben in einer anderen am 2. Dezember v. J. abgehaltenen Mitgliederversammlung über die Partei her. Nachdem in einem Referat über die Presse die Arbeiterpresse in der gebührenden Weise besprochen worden ist und selbstverständlich die Partei- und Gewerkschaftsbeamten ihr „redlich“ Theil bekommen haben, führt Hüben aus: „Möge uns ein gültiges Geschick davon bewahren, daß wir nicht die Zeit erleben, die uns vielleicht zwingen würde, mit in der vertrauten Zukunft zu hängen; denn es würde zu grausam sein, sich von den modernen Sozialdemokraten

traten, die das Recht parlamentarisch mitführen treten, registrieren lassen.

Das dürfte genügen, um auch den nächsten Leser der „Eingelie“ erkennen zu lassen, was Gellies sind die Hamburger Altordnungsrichter. Ob unsere Kollegen von der Vertrauensmänner-Ventralisation geneigt sind, die „guten Sozialdemokraten“ an's Herz zu drücken, ist natürlich ihre Sache. Unseres Weils sind sie sicher.

Eine Rede an die deutsche Nation.

In der Reichstags-Sitzung vom Donnerstag, den 23. Januar, brachte August Bebel im Laufe seiner Etatsrede die Rede des Kaisers gegen die Sozialdemokraten zur Sprache und er gab die folgende Erwiderung: Der Kaiser hat sich nach dem Herrn Reichskanzler für die Gleichberechtigung der Arbeiter ausgesprochen. Die Volkshaus hat sich nicht, allein mit sich, der Glaube in Bezug auf das Vereins- und Versammlungsgesetz, das Sozialrecht und nun gar das Wahlrecht, sind die Arbeiter nichts weniger als gleichberechtigt. In Preußen besteht noch heute das elendeste aller Wahlsysteme unter dem die Arbeiter vollständig rechtlos sind. Der Herr Reichskanzler stelle es als sein Programm hin, daß die ärmeren Klassen immer wohlhabender werden und immer mehr Mitglieder der unteren Klassen in die oberen Schichten hinaufsteigen. Ein sehr schönes Programm, und wenn der Reichskanzler seine einflussreiche Stellung benutzen will, um es zu verwirklichen, so wird er an uns, die besten und treuesten Bundesgenossen finden. Er kann da viel thun in der Richtung, die ich eben angedeutet habe: Verbesserung des Wahlrechts in den Einzelstaaten, politische und wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiter. Da ist ungenügend viel zu thun. Ihre soziale Position zu verbessern, das möge er nur den Arbeitern selbst überlassen. Heute ist es nicht richtig, daß mehr Leute in die oberen Schichten kommen, sondern gerade umgekehrt. Das bestätigen die Zahlen der amtl. Statistik. Von 1882-1895 hat die Zahl der selbstständigen Unternehmer in Industrie und Gewerbe um 63 pSt. abgenommen, die Zahl der Arbeiter um 49,9 pSt. zugenommen.

Im Handel und Verkehr hat allerdings in diesem Zeitraum die Zahl der Selbstständigen um 20 pSt. zugenommen, aber hier die soziale Position der vielen Händler und Handwerker immer mehr, daß sie sich meist nur sehr kümmerlich durchschlagen. Und hat die Zahl der Arbeiter im Handel und Verkehr um 605 000 zugenommen. Diese Zahlen beweisen das Gegenteil von dem, was der Herr Reichskanzler sagte. Und wir freuen uns, daß es so kommt, es muß der ungeheuren Weidheit des Volkes zum Bewußtsein kommen, daß der gegenwärtige Zustand der Dinge mit schmerzlichen Nachteilen für sie verbunden ist und daß eine höhere, vernünftiger, gerechtere soziale Ordnung herbeigeführt werden muß. Daran werden Sie durch alle Gesetze nichts ändern. Oder sollte etwa der Sozialist dem Programm des Herrn Reichskanzlers für den sozialen Aufstieg entsprechen? Wie wir darüber denken, wissen Sie ja. — Der Herr Reichskanzler wandte sich auch dagegen, daß man den Kaiser persönlich angreift. Gewiß trägt eine persönliche Kampfesweise immer mehr dazu bei, die Gegenseite zu verhärtigen. Der gegenwärtige Kaiser ist seit jeher bei jeder Gelegenheit auf die Sozialdemokratie zu sprechen gekommen und hat seine Stimme gegen die Sozialdemokratie in der schärfsten und schneidendsten Weise erhoben. Das Recht der freien Meinungsäußerung werden wir gewiß Niemandem bestreiten. Aber es ist kein Zweifel: Der Fürst genießt im konstitutionellen Staatsleben eine Ausnahmestellung, er ist staatsrechtlich unverantwortlich, ja sogar in hohem Grade strafrechtlich unverantwortlich. Wenn man die Rede in der letzten Zeit speziell gegen meine Partei in den denkbar schärfsten Ausdrücken gehalten sind, von irgend einem anderen Mann gehalten wären und Einer von uns hätte den betreffenden vorzulegen wollen, so wäre der Redner zweifellos von jedem Richter wegen Verleumdung bestraft worden. Auch die Presse kann ja nur in sehr vorichtiger und gebundener Weise auf derartige Angriffe eingehen. Die Presse ist ja durch das Strafgesetz gebunden, das gegenüber der sozialdemokratischen Presse in besonders scharfer Weise angewendet wird, zumal wenn es sich um den Kaiser handelt.

Auch ist die Auffassung des Reichskanzlers nicht haltbar, daß der Kaiser bei seinen Kundgebungen als Privatmann auftreten könne. Der Kaiser ist ebenso wenig wie ein anderer Fürst jemals ein Privatmann. So oft der Kaiser sich irgendwo zeigt, tritt er als Kaiser auf. Eine Ausnahme wäre es vielleicht, wenn er als ein zweiter Garun al Raschid besondere in das Volk gehen wollte und in einer solchen Verkleidung etwa in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede gegen die Sozialdemokratie halten wollte. Da würden wir dann — nicht dem Kaiser, sondern dem Privatmann, dem Garun al Raschid die entsprechende Antwort geben können. Aber es ist ja ausgeschlossen, daß der Kaiser das thut. Die Lage, in der speziell wir Sozialdemokraten gegenüber diesen fortgesetzten Angriffen uns befinden, ist eine äußerst fatale. Wir werden angegriffen, heftig angegriffen und können nicht antworten. Daß dadurch ein Gefühl der Erbitterung, ja des Hasses gegenüber der Person des Kaisers unter den Angegriffenen erweckt, wundert Sie sich darüber? Ist das nicht selbstverständlich? Ich frage die Herren auf der äußersten Rechten, die Royalisten den Royalen: wenn Sie so traktiert würden, wie wir seit vielen Jahren, würden Sie dann von denselben Gefühlen der Royalität erfüllt sein? Es gab einmal eine Zeit, wo Sie da drüben (nach rechts) in sehr agitierter Stimmung waren und wo in den konservativen Kreisen Preußens und Deutschlands mehr Majestätsbeleidigungen begangen wurden als irgendwo sonst im Deutschen Reich. Das war im Anfang der neunziger Jahre, in der Zeit Caprivis und Marschalls. Der Kaiser brandet kein Pöblier zu sein, und soll keiner sein nach meiner Meinung, aber die Art, wie er ist und besonders uns gegenüber ist, gefällt uns außerordentlich wenig, die mißfällt uns im höchsten Grade — das versteht doch der Herr Reichskanzler! Und da ist es doch ganz natürlich, daß wir auch einmal das Bedürfnis haben — denn

auch bei uns gibt es impulsive Naturen — frei vom Herzen unsere Meinung zu sagen. Aber wir können dies heute weder brauchen noch hier im Reichstag thun, da der Präsident uns daran verhindert. Auch hier muß ich mir außerordentliche Mäßigkeit auferlegen, obgleich auch ich zu den impulsiven Naturen aufgere.

Sören wir nun, was von jener Stelle seit etwa 18 Jahren in einer ganzen Reihe von Variationen gegenüber dem „inneren Feinde“ gesprochen worden ist. Da wurde gegenüber einer Deputation der Bergarbeiter 1889 gesagt: „Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleich bedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.“ Am 2. September 1895 werden wir eine „Klotze von Menschen genannt, nicht werth, den Namen Deutsche zu tragen.“ Am 18. Oktober 1895, nach Ermordung des Reichskanzlers Schwarz in Wiltshausen, für die wir so wenig konnten wie jeder Andere, wurde gesagt: „Wieder ein Opfer mehr der von den Sozialisten angefaßten revolutionären Bewegung.“ 1891 wurde auseinandergelegt, daß die Soldaten „dem Kaiser unbedingten Gehorsam schuldig seien, selbst wenn er den Befehl gäbe, auf Vater und Mutter zu schießen.“ Dabei wurde wieder direkt auf die Sozialdemokratie hingewiesen. Es ist es unangenehm gegangen. Und nicht allein die Partei in Reich und Vogen wurde verurteilt, sondern in den letzten Jahren sind die schärfsten Angriffe direkt gegen uns als Vertreter der Partei gerichtet. Da merkten die deutschen Arbeiter aufgedeckt, sich von uns loszusagen als von „gefährlichen Menschen“, die wir seien. Wenn die stärkste Partei Deutschlands in dieser Weise behandelt wird, so sind das doch Dinge, die in der Politik des Deutschen Reiches, man mag auf einem Standpunkt stehen wie man will, eine sehr einschneidende Rolle spielen.

Wir sind die weitaus stärkste Partei, wir werden es bei den nächsten Wahlen — das ist gar kein Brauchsaftes — in noch viel höherer Grade sein. Wir werden einstmals vielleicht — ich nehme das an — die entschiedene Mehrheit der Wähler, vielleicht die entscheidende Mehrheit der Abgeordneten haben, und gegenüber dieser Partei wird fortgesetzt in der Weise verfahren, wie es hier in den verschiedenen Variationen geschehen ist. Da heißt es: „Männer, die bisher als Deutsche gehalten, hätten sich dieses Namens unwürdig gemacht.“ Die deutsche Arbeiterklasse sollte jede Gemeinsamkeit mit den Sozialdemokraten ablehnen, sie solle das Verhältnis zwischen sich und uns zerbrechen! Die deutschen Arbeiter sollten eine Lösung der vorstehenden Aufgaben in einer anderen Richtung finden, auf die auch die kaiserliche Volkshaus von 1891 zu reden kommt; es wird erklärt, daß Deutschland dasjenige Land sei, wo unter bedeutenden Opfern der Arbeiter die Geseßgebung in hohem Maße zum Wohle der Arbeiter fortentwickelt sei, wo jedem Arbeiter seine auskömmliche Erziehung gesichert sei. In der betreffenden Rede heißt es dann weiter von uns Sozialdemokraten: „Aber laßt Euch objektiv zu vertreten, haben diese Agitatoren Euch aufzuheben verübt gegen Euer Arbeitgeber, die anderen Stände, gegen Thron und Altar, und Euch zugleich auf das Rücksichtslosste ausgebeutet, terrorisiert und gesehnet, um ihre Macht zu stärken.“ Mit solchen Menschen kommt und dürft Ihr als erliebende Männer nichts mehr zu thun haben und nicht mehr von ihnen Euch leiten lassen. Meint Sendet uns Eure Freunde und Kameraden aus Eurer Mitte, den einfachen schlichten Mann aus der Werkstatt, der Euer Vertrauen besitzt, in die Volkshaus; der siehe ein für Euer Wünsche und Interessen, und freudig werden wir ihn willkommen heißen als Arbeitervertreter des deutschen Arbeiterlandes, nicht als Sozialdemokraten.“ Wenn der deutsche Kaiser wünscht, daß die deutschen Arbeiter, die mit uns nicht einverstanden sind, ihre besonderen Vertreter wählen im Gegensatz zu uns, so verziehe ich das. Das können die Arbeiter thun, und Sie, meine Herren (zur Mehrheit), Sie können ihnen ja helfen dazu, senden Sie nur Arbeitervertreter in den Reichstag hinein! Aber wenn in einer solchen fürchterlichen Weise mit den stärksten Worten, die die deutsche Sprache überhaupt kennt, die Sozialdemokratie in ihrer Gesamtheit und wir Parteivertreter speziell angegriffen werden, dann ist es ganz selbstverständlich, daß wir dagegen auf das Allerenergischste protestieren und derartige Angriffe und eine derartige Redeweise auf das Allerentschiedenste als ungehörig und unzulässig zurückweisen!

Wir bemühen uns, objektiv zu sein: „Wo Fürsten etwas in unserem Sinne Gutes getan haben, haben wir das willig anerkannt. Auch der Kaiser gegenüber! Was haben wir denn für einen Grund, gegen die Person von Fürsten zu sein? Als Republikaner sind wir Gegner der Monarchie, aber nicht Gegner der Fürsten. Es ist hier wie bei unserer Stellung zur bürgerlichen Gesellschaft, für die wir auch nicht deren einzelne Mitglieder verantwortlich machen. Der Fürst ist als Fürst geboren. Kann er etwas dafür? Wenn er an etwas unschuldig, so ist er daran unschuldig. Durch den Zufall der Erstgeburt ist er Fürst geworden. Wenn also ein Fürst als Mensch menschlich ist, persönlich nicht gefällig gegen uns austritt, dann werden wir ihm nie persönlich entgegenzutreten. Sie ist erwachsen eine Institution, keine Personenfrage. Sie ist erwachsen auf historischer Grundlage, Deshalb sind wir ja auch die schärfsten Gegner der Anarchie, die den Fürstenmord predigen. Es gibt keinen größeren Wahnsinn als die Attentate auf Fürsten. Erstens weil die Fürsten persönlich unschuldig sind, zweitens weil die Anhänger der Monarchie nur dadurch gewinnen, dreites weil die Beseitigung einer Person nichts nützt. Ich glaube, mit der Zeit wird diese Institution eine überwindene sein. Es ist gar nicht gesagt, daß das mit Gewalt geschehen muß. Es sind schon große Umgestaltungen sehr gemächlich vor sich gegangen. Aber wenn hier bei jeder passenden oder unpassenden Gelegenheit die lautesten Angriffe und Beschimpfungen gegen uns gerichtet werden, dann müssen wir nicht Menschen von Reich und Mut sein, wenn wir uns das gefallen lassen, und es ist ein Skandal für unsere Zustände, daß wir diesen Angriffen mit so gebundenen Händen gegenüber stehen.

Nun eine andere Seite der Sache. Es muß doch mit diesen Angriffen ein Ende verfolgt werden? Glaubte denn jemand hier, daß der Kaiser der von ihm vertretenen Dichtung mit solchen Reden nicht? Glauben Sie wirklich, daß

infolge der Neben die Monarchisten zahlreicher, die Sozialdemokraten geringer an Zahl geworden sind? Das gerade Gegenteil ist der Fall! Ungerechte Verfolgungen gereizten stets dem Volk zum Vorteil. So war es beim Kulturkampf, ohne ihn würde das Zentrum nicht die heutige Bedeutung haben. So war es beim Sozialistengesetz. Auf jede kaiserliche Rede rechnet sich 100 000 Stimmen für uns. Die Autokratie des Monarchen gewinnt nichts im Inland und auch nichts im Ausland, wo doch der Eindruck des größten Mißfalls zwischen der Krone und der stärksten deutschen Partei hervorgerufen wird. Nicht genug aber, daß der Kaiser gegen uns austritt, jetzt kommt auch der Kronprinz. Dieser zwanzigjährige Herr redet auch schon von „Einden“. Was hat denn dieser junge Herr für Verdienste, daß er sich so etwas erlaube? Wenn man uns „Einde“ nennt, wie ärgert uns nicht darüber. Schließlich wird der Name zum Ehrennamen, so wie der Name „Weiser“ — „Bettler“ — einst zum Ehrennamen geworden ist. Vielleicht nennen wir unseren künftigen Parteitag den Parteitag der „Einden“. Ich meine, der junge Mann hätte vorläufig wirklich an dem zu thun, was der stärksten Partei Deutschlands feindlich gegenüber zu treten, die Sozialdemokraten zu beleidigen. Das kann ihm für seine Zukunft als Kronerbe nicht sehr förderlich sein.

Die Reden haben nur zu Lokaltätsumgebungen geführt. Im Ruhrrevier, in Magdeburg, in Steint sind die Arbeiter gestungen worden, sich in den unbilligsten Ausdrücken in Worten an die höchste Person zu wenden. Das Unternehmertum hat die Schamlosigkeit so weit getrieben, die Abhängigkeit ihrer Arbeiter so auszunutzen, daß die Arbeiter gestungen hat, um Abänderung der Geseßgebung zur eigenen Anbelangung in diesen Dingen zu petitionieren. In Jülich, im Rheingebiet, ist die Kaiserrede, in der von den guten Erfindungen der Arbeiter die Rede ist, in den Sälen der dortigen mediantischen Weherei angehängen worden. Der gute Verdienst besteht in A 2 bis A 7 Wochenlohn! Sungenödeln In vielen Fällen (ich nenne nur das Grusonwerk bei Magdeburg) sind die Arbeiter, die sich weigerten, die Wresen zu unterschreiben, entlassen worden. Wir sagten ihnen: „Unterschrift nur! Wollen die Arbeitgeber belogen sein, belügt sie nur!“ Die Erfolge waren auf unserer Seite. In zwei Monaten hat das Parteiblatt im Ruhrrevier 6000 neue Abonnenten, der Vorwärts 10 000 neue Abonnenten erhalten. Schreiben Sie nur sofort! Das dieses Treiben aber zur Störung und zur Vergrößerung unseres ganzen Volkslebens führen muß, das ist zweifellos.

Wir haben Bulaände, die einen Vergleich nur mit dem Rom der Cäsaren oder mit Hagan zu lassen, Organismus auf der einen, Cäsarismus auf der anderen Seite. Streberthum und Erblichismus, der nirgends schärfer austritt, als in den oberen Klassen Deutschlands. Wer sich nur ein wenig umsieht, der weiß, welche Feigheit, welche Charakterlosigkeit, welche erschreckender Mangel an Mut überall vorhanden ist. Alles kriecht, Alles sucht Geld und Vortheil zu erbeuten. In der Kirche wird die Faust gefaßt, wenn der persönliche Vortheil ausbleibt. Ja, Sie hätten alle Urworte, diesen fürchterlichen Krebsgeschaden im Volkstum durch gutes Beispiel zu beseitigen, und des Mannes Mut, auch vor Königsthronen zu zeigen. (Lebhaftes, wiederholtes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Reichstag

hat sich den Grafen Ballestrem wiederum als Präsidenten erwählt; die Sozialdemokraten und die freisinnigen Gruppen haben weiße Zettel abgegeben, um ihre Mittrauen gegen Ballestrem zum Ausdruck zu bringen. In der Hauptsache beschäftigte sich der Reichstag in der vorliegenden Woche mit Arbeiter- und Kinderbeschäftigung. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend Phosphorabwägen wurde einer Kommission von 21 Mitgliedern zur weiteren Beratung und Anpassung an die geänderten Verhältnisse übergeben. Die Durchführung und der Betrieb der Föhrdinger mit welchem Phosphor fort verboten werden, um die schädlichen Begleiterscheinungen der Föhrifikation zu beseitigen. — Sehr scharfe Auseinandersetzungen erfolgten bei der zweiten Beratung des Geseßentwurfes betreffend die Kinderarbeit in den gewerblichen Betrieben. Die sozialdemokratische Fraktion hatte verschiedene Verbesserungsanträge gestellt, so besonders die Geseßgebung der Altersgrenze. Der Entwurf der Regierung will diesen besonderen Schutz nur Kindern bis zum 13. Lebensjahre gewähren. Verbesserungen schließt auch die Sozialdemokraten, die landwirtschaftlichen Betriebe in das Gesetz mit einzubeziehen, um den sogenannten Ahtekindern mehr Fürsorge angedeihen zu lassen. Die Mehrheitspartei wehrten sich mit Händen und Füßen gegen die Einbeziehung der Landwirtschaft. — Wir werden gelegentlich auf diese Materie zurückkommen.

Mauerbewegung

Streiks, Absperrungen, Maßregelungen.

Vom Zweigverein Teseritz ist der Bau des Internierers Kühn geperrt, weil fünf unserer Mitglieder, die meist alle der Verwaltung angehören, ausgesperrt und andere Mauer angestellt wurden. Zwei Mann, Gebrüder Mieler aus Schienelstein, verrichten Streifenarbeit.

Versammlungen und sonstige Bewegung.

Zu der projektirten Krankenunterstützung wird uns aus Gornau geschrieben: Wie wir aus Nr. 3 und 4 des „Grundstein“ ersehen, hat der diesjährige Verbandstag eine nicht ganz leichte Aufgabe zu erleben, da vom Verbandsvorstande eine vollständige Umgestaltung des Statuts und Streitreglements in Vorschlag gebracht wird. Voraussetzungen dürfte jedoch die neu einzuführende Krankenunterstützung das Interesse aller Mitglieder beleben, und für die Delegierten schwerer zu lösende Frage sein. Da der Vorstand in § 31 gleich im Eingange nur für die Monate März bis inklusive November

Unterstützung in Vorschlag gebracht hat, die meisten Mitglieder jedoch auf Unterstützung im ganzen Jahr hoffen, dürften verschiedene Delegierte beauftragt werden, nur für Jahresunterstützung einzutreten, da ja doch bei einer Krankheit im Winter ein Zufluss von Mitgliedern erfolgt, als in den Sommermonaten. Wenn wir uns aber das statistische Material und den Kostenanschlag in Nr. 4 genau ansehen, müssen wir sofort überzeugt sein, daß nach dem Vorhande vorgeschlagene Einnahmen unzulänglich für das volle Jahr Unterstützung gezahlt werden kann, ohne die Zahlung der Unterstützten des Verbandes zu gefährden.

Ich möchte trotzdem die Verbandsmitglieder ersuchen, die Krankenunterstützung auch im Winter zu verlangen. Die Möglichkeit der Durchführung ist vorhanden, wenn wir neben dem Verbandsbeitrag noch einen geringen Extrabeitrag leisten. Die Frage ist wichtig genug, um in den Versammlungen diskutiert zu werden, damit der Verbandsrat die Ansichten der Mitglieder über die Unterstützungfrage kennt. Nach der Ueberzeugung des Verbandsvorstandes ist die Summe von M. 124 288 + M. 5286 jährlich Steigerung des Höchstes, was verwendet werden kann. Bei der Unterstützung für das ganze Jahr wird nach der Berechnung des Vorstandes die erstmalige Jahresausgabe M. 194 533 und die jährliche Steigerung M. 8340 ausmachen. Es ergibt sich also eine Differenz von M. 73 229, welche bei Annahme der Jahresunterstützung auf andere Weise aufgebracht werden müßten. Diese würde auf folgende Weise zu geschähen haben:

1. Wenn in den neun Monaten (März bis November) ein Extrabeitrag von 10 A pro Monat und Mitglied erhoben würde, so macht dies pro Woche 2 1/2 A aus und ergibt bei den angegebenen 85 129 Mitgliedern M. 76 616,10. Da der aufzubringende Betrag nur M. 73 229 ausmacht, so ergibt sich noch ein Ueberschuß von M. 3387,10.

2. Wenn man die vorgeschlagene Minimalhöhe um 20 A herabsetzt, so würde dies für die in Ansatz gebrachten 85 263 Straßensoldaten M. 17 857 ausmachen; ferner die Steigerung, welche nach 4jähriger Mitgliedschaft eintreten und 60 A betragen soll, auf 60 A herabgesetzt, würde für die 49 930 vorgeschlagenen Fälle die Ausgabe um M. 4993 vermindern und für die Folgezeit ebenfalls wirken; außerdem jährlich 60 A Extrabeitrag erhoben, ergibt bei 85 129 Mitgliedern den Betrag von M. 51 077,40 + 4993 = 17 857 = 73 229,40.

Beide vorstehende Berechnungen bedürfen eine Erhöhung der Beiträge, welche aber, nach meiner Ansicht, neben die Jahresunterstützung gestellt, annehmbarer ist, als die Gewährung der Unterstützung nur für die neun Wintermonate. Deshalb ersuche ich nochmals, diese Frage im besten Ernst zu behandeln und nicht einen Appell an alle Delegierten, in dieser Frage nicht nur nach eigener Ueberzeugung zu handeln, sondern den Willen ihrer Wähler zu erfüllen, dann wird der Verbandsrat ein Gebenstücken in unserer Geschichte werden.

Ad am Herrmann.

Der Zweigverein Altenburg hielt am Sonntag, 18. Januar, seine diesjährige Generalversammlung ab, welche mäßig besucht war. Die Gesamteinnahme im Jahre 1907 beträgt M. 8920,40, davon sind an die Hauptkasse abgeliefert M. 5189,98. Für den im vorigen Sommer errichteten Unterstützungs fonds, zu welchem 5 A pro Woche gesteuert wurden, sind M. 230,85 eingegangen. Sonstige Einnahmen für die Lokalfasse sind M. 61,68 zu berechnen. Der Lokalfassenbestand beträgt M. 1408,72. Neueingetretene sind im Vorjahre 81 Kollegen, 6 davon waren schon einmal im Verbands-Gestorben sind 6 Mitglieder. 15 Mitglieder sind mit ihren Beiträgen im Rückstande, dieselben haben jedoch um Stundung nachgehakt. Es fanden 14 Mitgliederversammlungen statt und wurden in denselben drei Vorträge gehalten. Kollege Faber-Weiß sprach über „Lohnkauf und Minimallohn“; über „Die Presse und ihre Bedeutung“ sprach Redakteur Stücken und über „Das Recht im gewerblichen Arbeitsvertrag“ ein hiesiger Kollege. Die Mitgliederversammlungen waren durchweg gut besucht. Die Arbeitszeit wurde von 10 auf 9 1/2 Stunden verkürzt. Der Lohn von 40 auf 42 A pro Stunde erhöht. Im Gegensatz zu früheren Jahren kam es in diesem Jahre nur einmal zu Differenzen; dieselben wurden, nachdem die Arbeit niedergelegt war, nach einiger Dauer zu Gunsten der Gesellen geregelt. Mit Ausnahme dieses einen Falles wurde von den beiden Parteien anerkannter Lohn- und Arbeitsvertrag von beiden Seiten angenommen. In Betreff der Bauarbeiterbeschäftigungen bleibt noch recht viel zu wünschen übrig. Bei Beschäftigung des Bauarbeiterzuges seitens der Unternehmer darauf hingewiesen, daß die gesetzlichen Bestimmungen genügt. Weiter erklärte sich damals ein Teil der Arbeitervertreter damit einverstanden, daß sie sich aber nur herausstellen, daß diese gesetzlichen Bestimmungen nur auf dem Papier stehen, die durchzuführen sich Niemand verpflichtet fühlt. Wenn eine amtliche Baukontrolle, die für Innehaltung dieser Bestimmungen setzen könnte, wird hier nicht ausgeübt. So kommt es oft vor, daß nicht neben der Bauhube, in der die Arbeiter ihre Wohnstellen einnehmen sollen, der Arbeit steht. In den Bauwerken selbst werden Baumaterialien aufbewahrt. Sehr oft kommt es auch vor, daß die Unterkünfte in den nächsten Keller des Neubaus verlegt werden. Selbst auf Stadtbauten findet man derartige, den gesetzlichen Bestimmungen in keiner Weise Rechnung tragenden Zustände. Die von der Bauarbeiterzugs gewählte Bauarbeiterzugskommission hat an den Stadtrat und Bürgerverstand Petitionen eingereicht. Ein Erfolg hat sich noch nicht bemerkbar gemacht. Zu einer längeren Debatte in der Generalversammlung führte der Punkt der Tagesordnung: „Unterstützungs fonds“. Kollege Dietrich führte an, der Metallarbeiterverband biete seinen Mitgliedern viel mehr als unser Verband und erbeite keine so hohen Beiträge; durch die sich wiederholenden Beitragserhöhungen gingen bloß Mitglieder verloren. Was anderer Seite wurde aber sofort erwidert, daß der Vorredner sichtlich informiert sei über die Leistungsfähigkeit unserer Organisation. Die großen Lohnkämpfe, die unser Verband zu führen gezwungen ist, kosten Geld und durch die Energie, mit der bei uns die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen erstrebt wird, ist unsere Gewerkschaft groß geworden. Die meisten Kollegen sind erst dann Mitglieder geworden, wenn der Druck der Verhältnisse sie dazu zwang. Auch bei uns in Altenburg haben sich die meisten Kollegen erst beim Streik im Jahre 1897 der Organisation angeschlossen. Von da an ist in unserer Lohn- und Arbeitsbeschäftigung eine stetige Verbesserung ein-

getreten. Einen schönen Beweis für das Wirken der Organisation kann man haben, wenn man unsere nicht allzu ferne Nachbarstadt Chemnitz zum Vergleich heranzieht. In dieser Stadt, welche fünf bis sechsmal größer ist als Altenburg, wurden 35-40 A Stundenlohn gezahlt, während bei uns dank der strengen Organisation der Stundenlohn 42 A beträgt. Jedenfalls sind das gute Beweise von der Leistungsfähigkeit der Organisation. Weiter wurde dem Kollegen Dietrich erklärt, daß Mitglieder, welche wegen ein paar Pfennigen Beitragserhöhung dem Verbands- den Rücken lehnen; eigentlich richtige Mitglieder noch garnicht gewesen sind. Ein Antrag, wonach dieser Punkt in einer der nächsten Versammlungen nochmals auf die Tagesordnung zu setzen ist, wurde angenommen. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde Kollege Lutz gewählt. Die Verwaltungsbeamten wurden außer dem Schriftführer, welcher die Wiederwahl ablehnte, wiedergewählt. Zum Schluss kam es noch zu zwei unliebsamen Szenen, die dadurch entstanden sind, daß ein Kollege durch Fälschen die Anordnungen des Vorstehenden missverständlich zu machen versuchte, weshalb vor Erledigung der Tagesordnung die Versammlung gelöst werden wurde. Es giebt eben leider noch Kollegen, die nicht der Ansicht besitzten, sich in den Versammlungen gebührend betragen zu können.

In Altdorf fand am 18. Januar eine Mitglieder- versammlung statt. Als Delegierter nach Berlin wurde Kollege Müller in Gabe a. d. S. einstimmig gewählt. Zur Goutonferenz in Waggberg wurde Kollege Weide delegiert. Ferner wurden die Kassengehälter erledigt und der Vorstand neu gewählt. Der frühere Kassierer Otto Kästner mußte wegen Beitragsrückstände geschieden werden.

Am Sonntag, den 25. Januar, hielt der Zweigverein Curfisch seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche sehr gut besucht war. Kollege Ferd. Zuberl II schloß in kurzen aber trefflichen Worten das Verhältnis der Kollegen zur Organisation und zum Arbeiterverein. Redner ermahnte die Kollegen, sie möchten doch solchen „patriotischen“ Spielereien entgehen und sich mehr der gewerkschaftlichen und politischen Bewegung anschließen. Sodann rügte er das Verhalten der Kollegen am Sonntag bei der Werbung eines Mitglieds. Aus Mitleid seien wohl die Kollegen nicht mit zur Werbung gegangen, sondern mößten nur, um den trauernden Angehörigen zu zeigen, wie sie (die Arbeitervereine) ihre Beine im Paradies marsch, nach dem Tode der Trommel und Fife, noch schmeicheln können. Sodann wurde zur Vorstandswahl geschritten. Zum ersten Vorliegenden wurde Kollege Wilh. Steinmann II, zum ersten Kassierer Kollege Ferd. Zuberl einstimmig gewählt. Am 8. Februar soll eine außerordentliche Generalversammlung stattfinden; ein Referat aus Berlin wird anwesend sein. Alle Kollegen sind hiermit freundlich und dringend ersucht, gleichfalls zu erscheinen.

Am 18. Januar hielt der Zweigverein Danzig im Lokale des Herrn Steppuhn in Schildt seine Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die schlußliche Tagesordnung gedachte der Vorliegende der seit der letzten Mitgliederversammlung verstorbenen Kollegen. Das Andenken derselben wurde in der üblichen Weise gelehrt. Gleichzeitig beleuchtete der Vorliegende noch den Unfall, bei dem Kollege Alb. Müller sein Leben einbüßen mußte. Redner führte den Kollegen vor Augen, wie notwendig es ist, daß sachkundige Bauarbeiter als Baukontrolleure angestellt werden. Hierauf verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal, welche folgendes Resultat ergab. Für die Hauptkasse: Einnahme M. 834,53, Ausgabe M. 167,06, Kassenbestand M. 167,47. Die Richtigkeit der Abrechnung wurde von den Revisoren bestätigt und dem Kassierer Decharge erteilt. Laut Jahresabrechnung wurden für die Hauptkasse vereinnahmt M. 1708,05. Die Lokalfasse hatte eine Einnahme von M. 754,78 und eine Ausgabe von M. 587,26. Der Vorliegende wies in seinem Jahresbericht darauf hin, daß die Innung es fertig gebracht habe, die Wahl des Gesellenausstufes für ungültig zu erklären, obwohl die von unseren Kollegen aufgestellten Kandidaten mit 96 Stimmen Mehrheit gewählt worden sind. Gegen diese Maßregel der Innung ist Beschwerde an zuständige Stelle eingeleitet worden. Weiter hob Redner hervor, daß die im Sommer vorigen Jahres von uns angenommene Statistik für 671 Gesellen einen Durchschnittslohn von 40,84 A pro Stunde ergeben hat. Der Obermeister der Innung rechnet aber immer noch 42 1/2 A Durchschnittslohn heraus. Nach Erledigung des Berichtes wurden die bisherigen Mitglieder wieder in den Vorstand gewählt bis auf den zweiten Vorliegenden, der abgereicht ist. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde Kollege Grünhagen gewählt, zur Konferenz in Elbing die Kollegen Grünhagen und Wolf.

Der Zweigverein Emden hielt am 20. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. In einem Punkt der Tagesordnung wurde über die Vorbereitung einer Lohnbewegung berichtet. Die Lohnkommission hat wiederholt versucht, mit der Innung Verhandlungen anzubahnen; die Herren Unternehmer wollen sich aber auf eine Lohnserhöhung nicht einlassen. Nunmehr wurde beschlossen, der Innung mitzuteilen, daß wir vom 1. April ab den bisherigen Vertrag als aufgehoben betrachten. — Dann wurde auf Ansuchen verschiedener Vertreter Kollegen beschlossen, ihnen die rückständigen Beiträge zu stunden; die Kollegen erklärten sich bereit, sobald als möglich ihren Verpflichtungen nachzukommen. Bei der Beratung der vom Verbandsrat beschlossenen neuen Statutenvorlage wurde vom Kollegen August Weher darauf aufmerksam gemacht, daß die Zweigvereine der 5. 6. und 7. Lohnklasse die Maßregelungsunterstützung und die Unterstützung für Angehörige selbstständig festsetzen, aber auch die daraus entstehenden Kosten aus der Lokalfasse decken sollten. Es entspann sich über diesen Punkt eine lebhafte Debatte, und sämtliche Redner waren der Ansicht, daß wir lieber auf die Ehre des Selbstbestimmungsrechtes verzichten wollen. Es könnte doch einmal der Fall vorkommen, daß wir für solche Zwecke immer ganz Lokalfasse opfern müßten, und würde es dann unmöglich sein, bei einem bald darauf folgenden Streik den in Aussicht gestellten Mietbezug aus Lokalfassen zu entnehmen. Es wurde beschlossen, diese Meinungsäußerung der Versammlung im „Grundstein“ zu veröffentlichen, um die Aufmerksamkeit der kleineren Zweigvereine der 5. Lohnklasse zu erregen. Ein Antrag, den besprochenen Punkt der Vorlage abzulehnen, fallt seitens unseres Zweigvereins dem Verbandsrat übermitleid werden. Die Versammlung ist der einstimmigen Ansicht, daß solche Ausgaben nur von der Hauptkasse gedeckt werden müssen.

Der Zweigverein Freyhan hielt am 18. Januar eine Mitgliederversammlung ab, welche ziemlich besucht war. Der Kassierer verlas die Jahresabrechnung, die als richtig anerkannt wurde. Hierauf wurde Kollege Weigelt mit 46 Stimmen als Delegierter zum Verbandsrat gewählt. In den Vorstand wurden als erster Vorligender H. Ruffner, als Kassierer S. Weigelt gewählt. Im Punkt „Verständigung“ wurde über die „Grundstein“-verbreitung diskutiert, denn verschiedene Kollegen haben es bisher nicht für nötig gehalten, sich das Blatt abzuholen.

Der Zweigverein Fürstberg hielt am 18. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche zahlreich besucht war. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde der Kollege Poppe aus Fürstberg gewählt. In den Vorstand wurden gewählt: Kurt Dinte als erster Vorligender, Ludwig Brinmann als erster Kassierer. Hierauf wurde über die wöchentliche Einlösung der Beiträge in der Stadt sowie über die Verbreitung des „Grundstein“ diskutiert. Fritz Dinnit wurde hierauf als Hilfskassierer gewählt. Alsdann wurde dem Kranken Kollegen Kerberg in Altdorf, aus der Lokalfasse M. 10 als Unterstützung bewilligt. Hierauf entspann sich eine lebhafte Debatte über die effiziente Arbeitszeit auf den Wintergärten; in diesem Sommer wollen sämtliche Kollegen nur noch zehn Stunden arbeiten.

Die Bahlfeste Gorka hielt am Sonntag, 18. Januar, ihre Mitgliederversammlung ab. Dem Kassierer wurde nach Bekanntgabe des Geschäftsberichts auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt, sowie dem ganzen Vorstand die Befriedigung der Verammlung für seine Thätigkeit im verflochtenen Jahre ausgesprochen. In die örtliche Verwaltung wurde der Kollege C. Gerde als erster Vorligender und Kollege Wagner als erster Kassierer gewählt. Um einen besseren Versammlungsbesuch zu erzielen, stellte der Kollege Gerde den Antrag, daß ein Kontrollzettel eingeführt werde, die fehlenden Mitglieder sollen dann in der nächsten Versammlung bekannt gegeben werden. Er begründet seinen Antrag damit; Wir haben schon verschiedene Mittel angewandt, um besseren Versammlungsbesuch zu erzielen, doch da man keine Zwangsmittel anwenden könne, müsse man an das Ersuchen der Mitglieder appellieren; denn es kommt vor, daß sich Kollegen das ganze Jahr nicht in den Versammlungen sehen lassen. Ferner seien diese Feststellungen an sich von Wert; die Versammlung äußerte sich ebenfalls im Sinne des Antragstellers und nahm den Antrag einstimmig an. Als Delegierter zum Verbandsrat wurde Kollege Gustav Balme in Gorka gewählt. Zum Statut äußerten sich die Kollegen einstimmig dahin, daß die Abrechnung und Zahlung der Procente an Berlin unzulänglich sei, da diese Einrichtung die Arbeiten der örtlichen Verwaltung sehr erschwere. Es ist auch den größeren Städten ein Vorrecht gegen die Kleinstädte eingeräumt worden. Da nun unsere Kollegen in mehreren benachbarten Städten beschäftigt sind, glauben alle diese Städte, dieses Vorrecht für sich in Anspruch nehmen zu dürfen, wodurch unsere Geschäftsführung sich noch viel mehr erschweren würde. Ebenfalls sind die Kollegen gegen die Einführung der Hausaufstellung und gegen die Unterstützung vom Verband in Krankheitsfällen. Gegenüber wird die Zahlung der Streikunterstützung vom ersten Tage an beantragt. Ferner wird für die in anderen Berufen beschäftigten Kollegen die Herabsetzung der Beiträge auf den Grundbeitrag von 25 A beantragt, da es häufig vorkommt, daß unsere Kollegen gezwungen sind, längere Zeit für einen geringen Lohn zu arbeiten. Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 22. Februar, statt.

Der Zweigverein Gorka hielt am 23. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung im Gorka „Zum Ritter“ ab. Kollege Reube begründete die zahlreich erschienenen Kollegen und legte ihnen an's Herz, die Versammlungen fleißiger zu besuchen als im vorigen Jahre. Dem Jahresbericht entnehmen wir, daß im abgelaufenen Jahre 12 Mitglieder und 2 öffentliche Versammlungen sowie 20 Sitzungen der Verwaltung abgehalten wurden. Am vierten Quartal betrug die Einnahme der Hauptkasse M. 502,95. Der Lokalfassenbestand beträgt M. 262,88, bei der Statuffasse M. 250. Am Jahresluß hatte der Verein 136 Mitglieder. Der Kassierer wurde entlassen. Als Delegierter zum hiesigen Verbandsrat wurde Kollege Reube einstimmig gewählt.

Am 18. Januar fand die erste diesjährige Mitglieder- versammlung der Bahlfeste Groß-Ottersleben statt. Kassen- und Jahresbericht wurden vom Kassierer und Vorstehenden erstattet. Dann wurden Rede und Wille wieder als Mitglieder in unsere Organisation aufgenommen. Der Vorstand wurde beauftragt, mit dem Unternehmer Dennwitz Rücksprache zu nehmen, weil dieser den vereinbarten Lohn von 45 A an einige Kollegen nicht gezahlt, sondern 8 A abgezogen hat. Eine Diskussion entspann sich über die Vorlage zum Statut, welche in Nr. 8 des „Grundstein“ vom Hauptvorstand bekannt gegeben ist. Von mehreren Rednern wurde angeführt, daß dies neue Statut zum größten Teil dem Hauptvorstand und den Gausvorstehenden nur Rechte einräumt und die Rechte der Mitglieder immer mehr schmälert. So heißt es in der Vorlage, daß sämtliche Gausvorstehende zum Verbandsrat als Delegierte bestimmt sind. Dadurch wird aber die Zahl derjenigen, welche einen Delegierten zu wählen haben; ganz enorm in die Höhe gehoben. Einem Verbandsrat, zu welchem sich der Hauptvorstand zierla 80 Delegierte selbst bestellt, kann man nicht das Vertrauen entgegenbringen, als wenn die Delegierten von den Mitgliedern gewählt werden. Ebenso kann sich die Versammlung mit dem Vorgehen des Hauptvorstandes nicht einverstanden erklären, in punkto Durchführung seiner Bestimmungen, ob zum Schaden oder Nutzen. Es wird eben so lange gewürgt, bis das es durchgepaßt ist. (Wem: Zweigvereinsbildung). Ebenfalls wird § 8 d. beprochen. Es heißt hier: Die Hälfte der in Betracht kommenden Zweigvereine können einen Gaus bestragen —, darunter steht aber: unter Zustimmung des Hauptvorstandes. Im § 8 heißt es wieder: Der Vorstand kann mit den Gausvorstehenden Konferenzen abhalten. (Hierzu müßten die Mitglieder dann wohl die Erlaubnis erteilen.) Ein Statut, welches dem Hauptvorstand nur Rechte giebt, ist wohl mindestens zu verwerfen. Denn sehr oft ist im Statut in Bezug auf den Vorstand das Wort „darauf“ an genommen. In Bezug auf die Mitglieder heißt es aber, dieses oder jenes A n n gewährt zu werden. Es kann, wo jemand Pflichten zu erfüllen hat, ruhig heullich ausgesprochen werden, daß er auch Rechte hat. Im Jahre 1891 hatten wir ein kurz- feres Statut, und die Organisation ist dabei herangewachsen. Jetzt, wo die Organisation blühend dasteht, sucht man den Mitgliedern ein langes und unbilliges Statut vorzulegen, welches alle Angelegenheiten möglichst verumtelt. Die Versammlung steht auf

dem Standpunkt, daß die Beamtenschaft in der Organisation etwas eingeschränkt werden muß. Nicht die Mitglieder sind wegen der Beamten da, sondern umgekehrt. Die Ausgaben für die Beamtenschaft sind im Laufe der Jahre so angewachsen, daß es wohl notwendig ist, Halt zu machen mit der Beamtenschaft. Ein Antrag, das alte Statut mit einer Änderung (im § 2 Abs. 2 wird für das Wort „bist“, „fann“ gesetzt), wird von der Versammlung einstimmig angenommen. Betreffs Krankenunterstützung beantragt die Versammlung, den achten Tag zu streichen und dafür den dritten Tag zu setzen. Wer über einen Monat krank ist, erhält vom ersten Tage an Unterstützung. Sollte eine Beitragserhöhung durch die Krankenunterstützung erforderlich sein, so möge der Verbandstag die Unterstützung ablehnen.

Der Zweigverein Halle a. d. S. hielt am 20. Februar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Zum Statut sind von der örtlichen Verwaltung elf Änderungsanträge gestellt, welche einzeln durchberathen wurden und die volle Zustimmung der Versammlung fanden. Als Delegierter wurde Kollege Deege gewählt. Abhandelt wurde die schon früher angeordnete Debatte, betreffend Aufhebung des Verbots, in Afford zu puzen, fortgesetzt. Kollege W. Wolf hat Aufhebung des aus dem Jahre 1900 stammenden Beschlusses beantragt. Wolf ist der Meinung, daß in Stundenlohn mehr müsse gearbeitet werden, als im Afford. Kollege Kautsch sprach ebenfalls für Aufhebung des Beschlusses und Deege einestheils für, anderentheils gegen die Aufhebung. Weiter gab der letzte Redner seiner Meinung dahin Ausdruck, daß der Kollege Lindenbach viel Schuld daran trage, daß der Antrag gegen seinen Willen in vielen Versammlungen darauf hingewiesen habe, daß die Kollegen dadurch, daß sie in Stundenlohn puzen, sich selber schädigen und dem Unternehmer das Geiß in die Tasche verdienen. Kollege Widter stellte den Antrag, die Affordfrage nochmals zu vertragen, fand aber keine Zustimmung. Die Abstimmung ergab Ablehnung des Antrages Wolf. Wühlin ist jeder Kollege verpflichtet, den Beschlüssen vom Jahre 1900 zu respektieren und nicht in Afford zu puzen, widrigenfalls er ausgeschlossen werden muß.

Am 24. Januar hielt der Zweigverein Herxleben seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Der Kassier bezog die Abrechnung vom vierten Quartal; dieselbe wurde von den Revisoren für gut befunden. Auch wurden dem Kassier für seine Bemühungen 6 aus der Kassaabgabe bewilligt. Als erster Vorsitzender wurde gewählt Kollege Rudolf Girtz, als erster Kassierer Kollege Fritz Helmreich. Nach Beendigung der Beschlüsse fand die Versammlung mit dem Lokaltarif. Nach langer Debatte wurde beschlossen, vom 1. April ab einen Minimallohn von 42 3 bei zehnstündiger Arbeitszeit zu fordern. Auch soll die Lösung Sonnabend Wends vor Feierabend erfolgen. Die Bauwunden und Aborte sollen den baupolizeilichen Vorschriften entsprechend verbessert werden. Zum Schluß ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, auch in diesem Jahre wieder gut zu agittieren, damit ihr unser Ziel erreichen.

Am 18. Januar tagte in Jägnitz eine Mitgliederversammlung. Nachdem der Kassierbericht dem letzten Quartal sowie der Jahresbericht des Kassiers entgegengekommen waren, beschloß man sich mit der vom Vorstand beschlossenen Vorlage zum neuen Statut. Kollege Steinbrück wies an der Hand der verschiedenen Paragraphen nach, wie schädlich diese für verschiedene Zweigvereine seien, deren Mitglieder vielfach außerhalb arbeiten. Der Beitragsmodus, Grundbeitrag und Zuschlag, wie er für unsere Mitglieder, die in Sietzin arbeiten, maßgebend ist, habe sich sehr gut bewährt. Die Kollegen hätten hierdurch Fühlung mit dem Zweigverein ihres Wohnortes und auch mit dem Zweigverein ihres Arbeitsortes; bei dem Zweigvereine wären im Stande, eine Kontrolle bezüglich der Beitragsleistung auszuüben. Wenn nun nach § 4 c der Vorlage diejenigen Mitglieder, die länger als eine Woche von Hause sind, Mitglieder ihres Arbeitsortes werden sollen, so würde uns beispielsweise für diejenigen Mitglieder, die in Berlin arbeiten und nur die Hälfte alle zwei Wochen nach Hause fahren, jede Kontrolle genommen, und wäre somit den sogenannten Drückerbergen hier gute Gelegenheit gegeben, sich überhaupt von der Beitragszahlung zu erlösen, denn daß in einer Stadt wie Berlin sich jeder Jemand der Organisation entziehen könne als in einem kleinen Zweigverein, ist sehr bedauerlich. Es sei vorgeschlagen, daß sich im vergangenen Jahre aus einem unserer benachbarten Zweigvereine ein Kollege ausmelde, weil er in Berlin hordbergehend arbeite; als man sich früher diesen Menschen näher betrachtet hätte, sei er „lokalorganisiert“ gewesen. Auf jeden Fall sei es also stets faktisch richtiger, wenn die Kollegen Fühlung mit dem Zweigverein ihres Wohnortes hätten. Was nun die Bestimmungen über die Streitunterstützung anbelange, so müsse es auffallen, daß hierin nicht befolgt ist unter welchen Voraussetzungen denn die unter § 4 c fallenden Mitglieder event. in den Besitz einer Streitunterstützung kommen könnten. Man könne jedenfalls doch nicht verlangen, daß diese Mitglieder an dem Arbeitsort verbleiben und die paar Mark Unterstützung dort vertragen, um die Familie nach Hause zu lassen. Wenn diesen Mitgliedern das Recht auf ihre Beiträge unter bestimmten Voraussetzungen in den Zweigvereinen ihres Wohnortes zu zahlen, dann müßte ihnen logischer Weise auch das Recht eingeräumt werden, unter bestimmten Voraussetzungen (z. B. Ausübung einer regelrechten Kontrolle) die Streitunterstützung in ihrem Zweigverein zu erhalten. Auf jeden Fall sei es notwendig, daß jene diesbezügliche Bestimmung in dem neuen Statut aufgenommen werde, damit derartige Unlieblichkeiten, wie wir sie schon bisher erfahren haben, aus der Welt geschafft würden. Im Ubrigen müsse er erklären, daß die vorgeschlagenen Paragraphen der Vorlage für unsere Verhältnisse nicht maßgebend und daher in ihrer jetzigen Fassung für uns unannehmbar seien. In demselben Sinne äußern sich noch einige Kollegen. Abhandelt wurde noch die Beschlüsse, Futurale für Mitgliedsbücher anzuschaffen und an die Mitglieder gratis zu verabfolgen.

Aus Festungshusen wird uns berichtet: Am 28. Dezember vorigen Jahres übermittelten wir gemeinschaftlich mit den Zimmerern der hiesigen freien Baugewerks-Zunung einen Antrag, dahin lautend: 1. Den Stundenlohn von 40 auf 42 3 erhöhen zu wollen. 2. Bei Landarbeit, aus den Maurern ein Randgeld von 8 3 pro Stunde zu zahlen. (Die Zimmerer bekommen schon seit Jahren dies Randgeld.) 3. Die Lohnzahlung jeden Sonnabend am Arbeitsplatze stattfinden zu lassen. Im Ubrigen wurde keine Aenderung unserer bisherigen Lohnkassens vorgenommen. Zwecks Verhandlung fand am 25. Januar eine Versammlung der Zunung mit dem Gesellenausfluß statt. Der Gesellenaus-

fluß führte begründend aus, daß schon vor zwei Jahren derselbe Antrag gestellt sei mit der Begründung, daß die Wärschen, Kostenpreise usw. enorm gestiegen seien, daß aber damals die Zunung sich ablehnend verhielt, weil der Antrag angeblich zu spät gestellt wäre, indem schon angenommenen Bauteilen nach den alten Arbeitsbedingungen berechnet seien, und weil die künftige Steigerung der Kostenpreise usw. nur eine vorübergehende Erscheinung wäre. Mit der Möglichkeit rechnend, daß die erhöhten Preise wieder fallen, haben wir nicht auf unsern damaligen Antrag bestanden. Jedoch die Tatsache hat uns bewiesen, daß die Hoffnung uns getäuscht hat und somit haben wir Veranlassung nehmen müssen, mit unserm Antrage an die Zunung wieder heranzutreten, mit derselben Begründung wie damals. Außerdem wurde auf Grund unseres Arbeitstarifs der Nachweis erbracht, daß wir im ganzen Jahre im günstigsten Falle 2751 Arbeitsstunden hätten; rechnet man von dieser Zahl die Zeit vom 1. Dezember bis etwa zum 10. März 3 1/2 Wochen, gleich 405 Stunden ab, was im Durchschnitt keineswegs so hoch gegriffen ist, so verbleiben noch 2346 Stunden, und von diesen kann man selbst in den Sommermonaten noch 40 Stunden unter Umständen noch mehr, wegen Regen, Wegfall des Arbeitsverhältnisses usw. abrechnen, so daß in runder Zahl 2900 Stunden verbleiben, was bei dem gegenwärtigen Lohn nur eine jährliche Einnahme von 4 900 bedeutet. Die Herren Arbeitgeber würden, wenn sie in ihren Lohnbüchern nachrechnen, diesen Nachweis bestätigen müssen. Daß nun eine jährliche Einnahme von 4 900 unter den heutigen Verhältnissen nicht ausreicht, um den notwendigen Ansprüchen einer Familie von etwa 6 Köpfen zu genügen, ist ein weiteres klar. Soweit die Begründung, welcher keineswegs widerprochen wurde. Hierauf mußte der Gesellenausfluß zurücktreten, während die Herren Arbeitgeber über den Antrag berieten und Beschluß faßten. Nach Wiederzulassung wurde dem Antrag der Beschluß gefaßt, nach meidem den Maurern 41 3 Stundenlohn bewilligt wäre; das Randgeld soll unter der Voraussetzung bewilligt werden, wenn zu unserm Standbuche noch die Drückerarbeiten Quanzelst. Wärschen und Moorege gehören würden. Dem Zimmerern ist nichts demüthigt, mit der Begründung, daß sie im Winter nicht so leicht infolge Frostschwierigkeiten in ihrer Beschäftigung behindert würden. Die Lohnzahlung an Arbeitsplätze wurde ebenfalls abgelehnt. Auf Befragen, wie sich der Gesellenausfluß zu diesem Beschlusse stelle, erklärte derselbe, daß er diesem Beschlusse seine Zustimmung nicht geben könne. Die Vertreter der Gesellen wiesen noch besonders darauf hin, daß die Forderung 3 minimal gestellt wäre, so daß sie ein Nachlassen ihrerseits ihren Kollegen gegenüber nicht veranlassen würden. Ebenso wäre die Lohnzahlung am Arbeitsplatze wohl durchführbar, weil doch schon die meisten Arbeitgeber dies eingeführt haben. Nach Vorstehendem ist also eine Einigung nicht erzielt und ist daher beschlossen worden, untererlei eine gemeinschaftliche Versammlung (Zimmerer und Maurer) wieder einzuberufen und das Weitere der Zunung zu unterbreiten, um gegebenen Falles in eine nochmalige Unterhandlung zu treten.

Der Zweigverein Reitzin hielt am 18. Januar seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Leider hatten es viele Kollegen wiederum vorgezogen, nicht zu erscheinen. Es wäre doch wirklich einmal an der Zeit, daß die Kollegen auch in Bezug auf den Versammlungsbesuch ihrer Pflichten nachkämen. Der Kassier bezog die Abrechnung vom 4. Quartal, welche von den Revisoren und dem Vorstand bestätigt wurde. Abhandelt wurde die Lohnkommission beauftragt, nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln, da wir gemäß sind, unseren Arbeitsvertrag auf ein Jahr zu verlängern, und zwar vom 15. Januar 1903 bis zum 15. Januar 1904. Der Lohn beträgt pro Stunde 42 3.

Am Samstag, den 17. Januar, hielt die Zahlstelle Kloppeheim (Zw. Wiesbaden) im Lokale „Zur Krone“ ihre diesjährige erste Mitgliederversammlung ab. Eröffnete inorer von 21 Kollegen 18. Nachdem der Kassier, Kollege Wintermeyer, die Abrechnung vom vierten Quartal vorlesen hatte, wurde zur Neuwahl des Vorstandes geschritten. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Karl Hartmann wiedergewählt und als erster Kassierer L. Zollmann. Dem Kollegen S. Domb, welcher schon einige Jahre mit dem Vertrieben des „Grundstein“ betraut ist, wurde der Posten wieder einstimmig zugewiesen. Als Delegierter für die Konferenz in Rating wurde einstimmig der Vorsitzende gewählt. Der Antwortende, Kollege S. Hüttmann, war ebenfalls in dieser Versammlung anwesend. Er hielt einen interessanten Vortrag über die Entwidlung der Organisation, wofür ihm zum Schluß lebhafter Beifall zu Theil wurde. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten und nach der Aufzählung der Mitglieder, immer auf dem Posten zu sein, wurde die Versammlung geschlossen.

Am 18. Januar hielt der Zweigverein Landsberg a. W. seine erste diesjährige Generalversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung richtete der Vorsitzende anerkennende Worte an die ziemlich gut besuchte Versammlung und forderte die Kollegen auf, ihre Pflichten dem Verbande gegenüber auch im neuen Jahre mit bestem Willen und Willen zu erfüllen. Als Delegierte zum Verbandstage wurden die Kollegen Theodor Ranz, Paul Gierich und Emil Kalditz vorgeschlagen. Paul Gierich wurde mit Stimmenmehrheit gewählt. Abhandelt wurde das Quartals- und Jahresbericht, welcher von drei Revisoren als richtig bestätigt wurde. Demnach wurden in Jahre 1902 für die Hauptkasse eingenommen und an dieselbe abgehandelt 4 384.14. In den Gausordband wurden gezahlt 4 63. An Streifenunterstützung an zwei Kollegen wurden 4 70 gezahlt. Die Einnahmen der Kassa betragen 4 184.77, die Ausgabe 4 107.71, demnach ein Kassaüberschuss beträgt 77.06. Die Mitgliedszahl beträgt 298. Die Beschlüsse des Zweigvereins wurden in 28 Vorstandssitzungen und 4 öffentlichen Versammlungen in 82 Vorstandssitzungen erledigt. In Punkt „Verständigen“ kamen innere Angelegenheiten zur Sprache, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloß.

Der Zweigverein Lindau i. Bodensee hatte am Sonntag, den 18. Januar, eine öffentliche Maurer- und Bauarbeiterversammlung nach Wiedenbad, Gausaus „Zur Krone“, einberufen. Veranlassung hierzu gab hauptsächlich der in letzter Zeit sich bemerkbar machende schlechte Versammlungsbesuch in der Stadt selbst, welcher darauf zurückzuführen ist, daß in Lindau fast gar keine einheimischen Maurer wohnhaft sind und die den Sommer hindurch am Kasernenbau beschäftigt ge-

wesenen Fremden bei Eintritt des ersten starken Frostes und der damit verbundenen Arbeitslosigkeit den Lindauer Staub von ihren Pantoffeln geschüttelt hatten. Die örtliche Verwaltung sah sich also vor die Alternative gestellt, die Migration mehr als bisher unter den auf dem Lande wohnhaften einheimischen Kollegen zu entlasten, nach dem Grundsatze: Kommt der Berg nicht zu Mohammed, so geht Mohammed zum Berge.“ Wollen wir nicht Gefahr laufen, daß nach Fertigstellung der Kasernen der Zweigverein allmählich wieder einsinkt, dann muß bedeutend mehr unter den amstägigen Kollegen gemerkt werden. Nachdem bereits am Sonntag vorher ein entsprechend gehaltenes Flugblatt in den umliegenden Dörfern von Haus zu Haus verbreitet worden war, verpackt man sich auch einen größeren Erfolg. Diese Hoffnung ging denn auch in Erfüllung. Trotz der rauhen Kälte war das Lokal bis auf den letzten Platz besetzt und zwar in der Mehrzahl von Maurern. Die Tagesordnung lautete: „Der Werth und die Nothwendigkeit der Organisation, unter besonderer Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse.“ Der Referent, Kollege Kugel, entlegte sich seiner Aufgabe in anerkennenswerthem Vortrag in zufriedenstellender Weise. Klar und deutlich zeichnete er den Kontrast zwischen der überall sich breit machenden, verschwenderischen Uppigkeit der Bourgeoisie und der inneren mehr um sich greifenden Verelendung des Proletariats. Die geradezu unübersehbare, selbstmörderische Gleichgültigkeit eines großen Theiles der Arbeiterschaft, in erster Linie der Maurer Lindaus und Umgebung, auf das Schicksal der Arbeiter, unterzog der Referent die oft unwürdigen Vorgesetzten und Arbeitsbeherrschenden unserer Kollegen hierorts, sowie deren hieraus resultierende Lebenshaltung einer vernichtenden Kritik, indem er die Unterernährung der Familie ziffermäßig nachwies. Die einzige Möglichkeit, den hier eingewirkten Verhältnissen erfolgreich zu begegnen, biete eine gesunde, kräftige Organisation, für uns der Zentralverband der Maurer Deutschlands, welchem bei zutretender Selbsterhaltungspflicht jedes anwesenden Maurers sei. Der Einwand, daß hier an der Grenze eine Organisation zwecklos ist, sei in jeder Weise hinlänglich, da gerade den Gausbezirken die Aufgabe zufalle, bei eventuell zu bestehenden Vorkämpfen unseren Kollegen im Innern des Landes den von außen drohenden Zug unaufrichtiger Elemente rechtzeitig fernzuhalten. Stimmlicher Beifall und 6 Neuaufnahmen lobten den Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion sprachen außer dem Vorsitzenden, Kollegen Ruff, noch die Genossen Kausse und Ammann im Sinne des Referenten. Nachdem sich durch einstimmige Annahme einer entsprechenden Resolution sämtliche Anwesende verpflichtet, sobald als möglich ihrer Berufsorganisation beizutreten, und derselben neue Mitglieder zuzuführen, schloß nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten der Vorsitzende die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung.

Sonntag, den 25. Januar, tagte die Generalversammlung des Zweigvereins im Vereinslokal „Zum Seehof“, welche angeführt der wichtigen Tagesordnung nur schwach besucht war. Der Kassierbericht für das 4. Quartal 1902 sowie des Jahresberichts wurden von den Revisoren für richtig befunden und wurde dem Kassier Decharge erteilt. Hierauf wurde die Neuwahl der Verwaltung vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Ruff, als erster Kassierer Kollege Bonta per Stimmgittel wieder gewählt. Alle anderen Verwaltungsmittelglieder wurden per Affirmation neugewählt. Bei der Delegiertenwahl zum Verbandstag entfielen von 16 abgegebenen Stimmen 15 auf Kollegen Leop. Kugel und 1 Stimme auf den Kollegen Welsch in Altdorf. Unter „Verständigen“ erfuhr Kollege Kugel die Anwesenheit von Auskunft über den Stand des Bauarbeiterkampfes auf ihren Bauteilen. Aus den Angaben geht hervor, daß es in dieser Beziehung im Allgemeinen noch sehr trübe aussieht. Besonders scheinen die Unternehmern es nicht für nöthig zu finden, Unterzinsküßten zur ausschließlichen Verwendung für die Arbeiter zu errichten. Denn was in dieser Beziehung vorhanden ist, dient in erster Linie zur Aufbewahrung des Baumaterials und der Geräte. Als Abort dienen beim Baumeister Kanzler ein paar Mistkästen in irgend einem Winkel des Keller. Aber auch die Beschaffenheit sowohl wie die Menge des vorhandenen Geschäftsmaterials läßt in den meisten Fällen viel zu wünschen übrig. Eine diesbezügliche Kontrolle dürfte ein höchst unerfreuliches Resultat zu Tage fördern. Wir haben also noch ein sehr weites Arbeitsfeld vor uns. Soffentlich geht es im neuen Jahre, die unerschöpflichen Schmarotzergewächse auszuroden. Nachdem noch darauf hingewiesen, daß in nächster Zeit in Wasserburg eine öffentliche Versammlung stattfinden wird, für deren Besuch kräftig zu agittieren Jeder verpflichtet ist, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der Zweigverein Lübeck befaßte sich in der am 7. Januar abgehaltenen Mitgliederversammlung mit der Delegiertenwahl und Statutenberathung. Als Delegierter wurde Dresden gewählt. Zur Tagesordnung des Verbandstages wurde beschlossen, zu beantragen, das Versicherungswesen unserer Beamten als dritten Punkt zur Berathung zu stellen und zwar aus folgenden Gründen. Auf dem Gewerkschaftskongreß zu Stuttgart wurde das Versicherungs- bzw. das Pensionswesen der Gewerkschaftsbeamten als „Small and Fall“ erledigt. Der Zweigverein Lübeck ist der Ansicht, daß diese Sache einer gründlichen und eingehenden Diskussion seitens des Verbandstages bedarf. Mit Ausnahme eines Kollegen sprachen sich sämtliche in scharfer Weise gegen das auf dem Gewerkschaftskongreß beschlossene Pensionsverhältnis der Gewerkschaftsbeamten aus. Zum Statut wurde beantragt, die Unterzinsküßten in Sterbefällen zu verändern. Betreffs Maßregelung und Haft sind die Mitglieder der Ansicht, daß die wegen ihrer agitatorischen Thätigkeit in Haft gerathenen Mitglieder mit vollem Zagehohn unterstützt werden müssen. Kollegen, die gemahngelt werden, müssen besser als bisher unterstütz werden. Zur Streitunterstützung wurde beschlossen, statt wie bisher zwei Klassen deren vier einzurichten und die Unterzinsküßten entsprechend zu erhöhen, weil die Lebensbedürfnisse sich derartig gestaltet haben, daß mit der bisherigen Streitunterstützung nicht mehr auszukommen ist. In der Versammlung am 21. Januar wurde der Statutenentwurf des Hauptverbandes einer eingehenden Kritik unterzogen. Eine sehr fröhliche Betrachung fand der Abschnitt über die Delegiertenwahlen zum Verbandstage. Die Kollegen beschlossen, zu beantragen, daß beide Abzüge der Arbeiter werden; den ersteren, weil zu beschränkt ist, daß die Gausordbanden einen nicht unbedeutenden Einfluß auf die Delegierten ausüben und Beschlässe herbeiführen, die den Mitgliedern nicht sonderlich passen würden; befreies des anderen Abzuges wurde der Ansicht ausgesprochen, auf der einen Stelle soll die Zahl der Delegierten herabgesetzt, auf der anderen Stelle die Gausordbanden dafür eingeschaltet werden.

Eine besondere Absicht des Hauptvorstandes. Beim Abgang
 Reiseunterstützung sind die Kollegen der Ansicht, daß der Passus
 über die 2500 Einwohnern und die 20 Mitglieder unbedingt
 gestrichen werden muß; denn was können die Kollegen dafür,
 wenn sich dieser oder jener Zweigverein in einem solchen kleinen
 Fleck befindet. Uebrigens kann es dem Hauptvorstand gleich
 sein, ob in kleinen oder größeren Orten die Reiseunterstützung
 ausgesetzt wird. Bezüglich Reiseunterstützung für Streikende
 wurde beantragt, den Passus zu streichen, der die fernere Be-
 zahlung der Unterstützung inhibiert, wenn der Parteienhaber
 Arbeit erhalten hat. Es kann bei den heutigen Verhältnissen
 (Schwarze Liste) der Fall eintreten, daß Streikende
 einen Tag am Tage gearbeitet haben und dann wieder auf's
 Straßengäßchen sitzen und geworpen sind, weiter zu reisen.
 Weiter wird beantragt, den Abt. b der Streikunterstützung
 zu streichen. Beim Abgang Reiseunterstützung soll beantragt
 werden, Alles zu streichen, was den Wortlaut hat: „dann ge-
 währt werden, unterliegt der Genehmigung des Verbands-
 Vorstandes“. Die Kollegen am Ort werden selber am
 besten wissen, in welcher Höhe Reiseunterstützung aus der
 Kassaflasse gewährt werden kann. Weiter soll beantragt
 werden, folgenden Passus einzufügen: „Der Tag der Aus-
 zahlung der Streikunterstützung zu bestimmen bleibt den
 einzelnen Vereinen überlassen. Ueber unsere Lohnfrage
 ist zu berichten, daß nach Verhandlungen mit dem Unter-
 nehmernorganisationen und nach dem Bericht des Gesellen-
 ausverkaufes in der letzten Versammlung den Abmachungen zu-
 gestimmt wurde. Für das Jahr 1903 beträgt der Lohn 55 A
 (jezt 53 A), für das Jahr 1904 57 A. Die Zunahme läßt
 alle Bemerkungen in ihrem Tarif, wie „nützlich, thätig,
 möglich“, fallen. Unsere Forderungen haben wir ja nicht in
 allen Punkten durchgebracht. Wir haben eineswegs auf die
 politische Situation Rücksicht genommen, zum anderen war
 auch in Betracht zu ziehen, daß die Arbeitslosigkeit nicht in
 dem Maße vorhanden ist, um eine glatte Durchführung eines
 Streiks mit einiger Sicherheit voraussetzen zu können. Des
 Weiteren haben wir damit zu rechnen, daß sämtliche übrigen
 Branchen des Baugewerbes nicht zum Abbruch ihrer Forde-
 rungen gelangen können, wenn nicht die Maurer, Zimmerer
 und Bauarbeiter die Regelung ihrer Lohns- und Arbeits-
 bedingungen erledigt haben. Aus allen diesen Gründen hat
 die Versammlung den Abmachungen zugestimmt.

Der Zweigverein Neustadt a. d. S. hielt am 18. Januar,
 Nachmittags 8 Uhr, eine Generalversammlung ab, welche
 von nur 18 Kollegen besucht war. Der Vorsitzende rügte den
 schlechten Versammlungsbesuch und verpflichtete die Mit-
 glieder, besser auf den Hauptplätzen während der Ruhepausen
 zu agieren, damit wir mehr Mitglieder gewinnen und die
 Versammlungen besser besucht werden. Als Delegierter zum
 Verbandstag wurde Kollege Jakob Störz aus Speyer ge-
 wählt. Dann erstattete der Vorsitzende den Jahresbericht.
 Es wurden im Laufe des Jahres 26 Mitglieder auf-
 genommen, davon waren 14 schon früher Mitglieder. Zur Er-
 ledigung der Geschäfte wurden 12 Mitglieder- und 4 öffent-
 liche Versammlungen sowie 16 Vorstandssitzungen abge-
 halten. Die Einnahme der Kassaflasse betrug A 218,82, die
 Ausgabe A 127,90, so daß der jetzige Kassaflassenbestand
 A 90,92 beträgt. Als erster Vorsitzender wurde Kollege
 Hoffmann und als Kassier Kollege Kaufmann gewählt. Als
 „Grundstein“ verbreitert wurde Kollege Vetter wieder-
 gewählt. Nach einer lebhaften Diskussion über verschiedene
 Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Der Zweigverein Oberode a. S. hielt am 25. Januar
 seine Generalversammlung ab. Kollege W. Uhe in Laßfelde
 wurde mit 65 Stimmen zum Delegierten zum Verbandstag ge-
 wählt. Sodann verlas der Kassier die Abrechnung, woraus
 sich ergab, daß im vorletzten Jahre 51 Mitglieder neu ein-
 getreten sind, davon waren 18 früher schon einmal Mitglied;
 ausgestritten sind 25, zum Militär eingezogen 6 Personen. Mit-
 gliederbestand am Jahresabschluss 126. Es haben vier Mitglieder-
 und zwei öffentliche Versammlungen stattgefunden, welche alle
 schlecht besucht waren. Die Kassaflasse hatte folgende Ein-
 nahmen: Kassenzinsen vom vorigen Jahre A 287,46, Anteil
 an Beiträgen und Eintrittsgeldern A 287,46, sonstige Ein-
 nahme A 1,80, insgesamt A 576,84. Die Ausgabe betrug
 A 178,18, somit Kassenzins A 398,66. Der Vorsitzende und
 der Kassier wurden einstimmig wiedergewählt. Sodann wurde
 noch der Beschluß gefaßt, daß in diesem Jahre eine Lohnforde-
 rung gestellt werden soll. Das Nähere soll in der nächsten
 Mitgliederversammlung beschlossen werden. Es ist deshalb
 Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung zu er-
 scheinen.

Am Sonntag, den 25. Januar, hielt der Zweigverein
 Brenzlau seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab, welche
 ziemlich gut besucht war. Die Verbandsrats-Delegierten sollen
 ermahnt werden, daß der Beitrag für diejenigen Mitglieder
 erniedrigt wird, die vorübergehende Beschäftigung in anderen
 Berufen gefunden haben. Weiter hält die Versammlung es für
 sehr zweckmäßig, wenn den Zweigvereinen mehr freies Handeln
 gestattet wäre, um die Interessen der Mitglieder besser vertreten
 zu können. Im ferneren Verlaufe der Versammlung erstattete
 Kollege Wilhelm Köppen den Bericht über die Verhandlungen
 des Gewerkschaftsverbandes. Der Delegierte forderte die Kollegen
 zur besseren Unterstützung des Verbandes auf, damit er uns auch
 ferner sein Verbandsratsmitglied zur Verfügung stellen kann.
 Ferner tabelte der Kollege, daß von unseren 124 Mitgliedern
 nur ganz wenige die Parteipresse unterstützen. Da die
 Reichstagswahlen vor der Thür stehen, müsse jeder Kollege seine
 Schuldigkeit thun. Als Delegierter zum Verbandstag wurde
 Kollege Wilhelm Köppen mit großer Majorität gewählt. Im
 Weiteren wurde beschlossen, das Schreiben, welches wir den
 Meistern durch den Vorstand des Arbeiterbundes haben
 zukommen lassen, auch jedem Unternehmer besonders zuzuliefern.

In Rawitzsch fand am 18. Januar im Lokale des Herrn
 Begermeister eine Wanderversammlung (Mitglieder-
 versammlung des Zweigvereins) statt; dieselbe war von
 Maurern, welche es gerade am meisten interessieren sollte,
 leider sehr schlecht besucht. Bezüglich der Wahl eines Dele-
 gierten zum Verbandstage nach Berlin wurde man sich dar-
 über einig, einen eigenen Kandidaten nicht aufzustellen und
 die Stimmen für den Kollegen Wilde in Wissa i. P. abzu-
 geben. Dann hielt Kollege Widera aus Wreslau einen Vor-
 trag über die Wahrung der Interessen im Jahre 1902. Die Aus-
 führungen des Referenten fanden beifällige Aufnahme. Die
 Versammlung mußte leider, da noch eine andere Versamm-
 lung in demselben Lokale anberaumt war, vorzeitig beenden.

Die Jahreshitz Käthe hielt am 18. Januar ihre erste
 diesjährige Versammlung, welche gut besucht war, im Gast-
 hause zu Gersdorf ab. Der Vertrauensmann gab den Reden-
 schaftsbericht bekannt; hierauf wurde dem Kassier Ent-
 lohnung erteilt. Als Vertrauensmann wurde Gustav Bern-
 stein einstimmig in Vorladung gebracht. Als Delegierter der
 96. Wahlabschließung zum Verbandstage wurde Kollege Bern-
 stein mit 22 Stimmen gewählt. Eine längere Debatte ent-
 spann sich über den Maurer Piese, welcher früher Verbands-
 delegierter war und der Lohnkommission angehörte, sich aber
 wegen Differenzen mit seinem Arbeitgeber aus dem Ver-
 band meldete. Er hatte nun seine Wiederaufnahme in den
 Verband beantragt. Die Meinungen über die Zweckmäßig-
 keit der Wiederaufnahme gingen weit auseinander. Schließlich
 wurde beschlossen: Piese die Mitgliedschaft so lange vorzu-
 enthalten, bis er sich als Kollege würdig gezeigt hat. Nach
 Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten gab die
 Lohnkommission bekannt, daß die Herren Unternehmer trotz
 wiederholter Erinnerung auf unsere Forderungen nicht ge-
 antwortet haben und daß es wohl zum Kampfe kommen
 müsse. Kollege Baum forderte die Kollegen auf, im Falle
 wir in den Kampf getrieben werden, auszuharren und
 festzustehen. Folgende Resolution wurde einstimmig ange-
 nommen: „Die heute im Gasthause zu Gersdorf versammelten
 Maurer beschließen, für den Fall, daß sie sich in den Kampf
 stellen müssen, auszuharren und festzustehen für ihr gutes
 Recht.“

Am Sonntag, den 18. Januar, fand in Schnellen im
 Vereinslokal eine Extra-Mitgliederversammlung statt. Als
 Delegierter zum Verbandstage wurde Kollege S. Dismann
 gewählt. Die Lohnkommission ist bei den hiesigen Unter-
 nehmern vorstellig gemacht und diese haben sich auch bereit
 erklärt, den Tarif für Rindorf, Schnellen und
 Burgweibel mit 60 A, für Bönningstedt und
 Witzendorf mit 62 A Stundenlohn bei 10-stündiger
 Arbeitszeit anzuerkennen. Einige Unternehmer haben den
 Wunsch ausgesprochen, daß dieser Tarif ein paar Jahre
 Gültigkeit haben möchte. Das Nähere könne in einer ge-
 meinschaftlichen Sitzung besprochen werden. Verschiedene
 Kollegen sprachen sich auch dahin aus, daß das ganz schön
 wäre, wenn wir den Vertrag auf ein paar Jahre abschließen
 würden. Kollege Wof machte den Vorschlag, daß der Tarif
 vom 1. Mai 1903 bis 15. März 1905 gelten solle. Mündlich
 eine von den beiden Parteien, daß der Vertrag dann gelöst
 werde, so ist ein Vorkaufsrecht vorher zu kündigen, widrigen-
 falls der Tarif bis auf Weiteres fortbesteht. Mit diesem
 Vorschlage erklärten sich die Kollegen einverstanden. Sodann
 wurde noch erwähnt, daß hier ein Unternehmer von Dauenhof
 (Vau eines Wohnhauses für einen pensionierten Lehrer)
 mit seinen Leuten heringekommen ist, der den Maurern
 38 A und dem Arbeitsmann 30 A Stundenlohn bezahlt;
 auch wird bei diesem Unternehmer nicht die hier übliche
 Arbeitszeit eingehalten. Kollege Dismann wurde beauftragt,
 bei dem Unternehmer vorstellig zu werden, ob derselbe ge-
 neigt ist, unseren Tarif anzuerkennen.

Seit längerer Zeit haben die Kollegen im Zweigverein
 Schönewalde b. Ribben unter allerschwerem Schmerzens-
 leiden. Im vergangenen Jahre wurde vom dortigen Amts-
 vorsteher eine Verfügung erlassen, monach die dortige Kahlsche
 unsere Verbandskasse einlöslich aufgehoben und die beim
 Kahlsche einzureisende Verammlung verboten wurde. Hiergegen ist
 Beschwerde geführt und vom Oberverwaltungsgericht dann auch
 das Verbot aufgehoben worden. Die Kollegen hielten seitdem
 ihre Versammlungen beim Gastwirt August Wandt ab. Am
 20. Januar erhielt nun der Vorsitzende des Zweigvereins einen
 Brief, in dem Herr Wandt ihm mitteilte, daß er sein Verbot zu
 den Versammlungen nicht mehr hergeben könne. Er sagte darin:
 „Es hätte ihm ja sehr leid, und wir sollten es nur nicht über-
 nehmen, aber er könne doch nicht gegen den Strom schwimmen.“
 Was mit der letzten Bemerkung gemeint ist, können wir uns
 wohl denken. An unsere Kollegen möchten wir nun die Bitte
 richten, dem Wunsche des Herrn Wandt nachzukommen und sein
 Verbot zu meiden. Unsere nächste Versammlung soll am Sonntag,
 den 8. Februar, Nachmittags 2 Uhr, in der Wohnung des
 Kollegen Lorenz stattfinden, um das Nähere zu beraten.

Am 26. Januar hielt der Zweigverein Stettgart seine
 Generalversammlung ab. Die vom Kassier verlesene Abrechnung
 vom 4. Quartal sowie die Jahresabrechnung wurden von der
 Versammlung als richtig anerkannt. Als Kassier wurde Kollege
 Thormann gewählt. Kollege Styr gab den Verlauf der mit
 den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen bekannt und
 betonte, daß bisher nur die Personfrage eine Rolle gespielt
 habe bezüglich unserer Kollegen Stelle und daß die Lohnfrage
 sowie Arbeitsdauer auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung
 gestellt seien. Als Delegierter des nächsten Verbandstages
 wurden die Kollegen Theodor Styr und Stolle gewählt. Stolle rügt
 aus, daß wir einmal den Versuch machen müssen, eine Kontrolle
 der Mitgliedsbücher auf den Bauten durchzuführen, damit die
 nachlässigen Mitglieder rechtzeitig zur Bezahlung der Beiträge
 angehalten und die uns noch fernstehenden Kollegen dem Verband
 zugeführt werden.

Am Sonntag, den 18. Januar, hielt der Zweigverein
 Timmerode seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab.
 Sie war von 36 Kollegen besucht, der Zweigverein zählt
 55 Mitglieder. Kollege H. Hoppe berichtet über die Kreis-
 konferenz in Halberstadt; sein Referat wurde von der
 Versammlung mit großem Beifall aufgenommen. Sodann
 richtete die Wahl eines Delegierten zum 7. Verbandstage, wozu
 zwei Kollegen in Vorladung gebracht wurden: Aug. Münnig aus
 Wittenburg und Bedderlein aus Duedingburg. Die Wahl
 wurde durch Stimmzettel vollzogen und wurde Münnig mit
 24 Stimmen gewählt. Abdann wurden Quartals- und
 Jahresabrechnung vom Kassier verlesen, die richtig befunden
 wurde. Sodann wurde dem Kassier der gebührende Dank
 ausgesprochen. In den Vorstand wurden die Kollegen S. Hoppe
 als erster Vorsitzender und C. Weglar als erster Kassier
 gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Kollegen
 auf, die Versammlungen immer pünktlich zu besuchen und
 denselben mit Lust und Liebe beizuwohnen, damit unser Zwei-
 gverein blühen und gedeihen möge wie bisher.

Am 10. Januar hielt der Zweigverein Werben eine öffent-
 liche Versammlung ab. Kröppen die Mitglieder zu dieser Ver-
 sammlung alle schriftlich eingeladen waren, war dieselbe sehr
 schwach besucht. Kollege Wülfinger hielt einen sehr schmerz-
 lichen Vortrag über den Posttarif und schloß mit dem Hinweis, daß es
 auch für die Maurer Werdens Zeit sei, ihre Lage durch eine
 Lohnrechnung zu verbessern. Es wurde beschlossen, 45 A
 Stundenlohn (bisher 40 A) zu verlangen. Die Arbeitszeit soll

wie bisher zehn Stunden betragen. Der Lohn soll Sonnabends
 auf der Wauhelle der Schluß der Arbeitszeit anbezahlt werden.
 Weiter wurden vorchriftsmäßige Bauten und Aborte ver-
 lang. Bei Arbeiten auf dem Lande muß, soweit die Eisenbahn
 benutzt wird, das Bahngeld von dem Meister bezahlt werden;
 wo keine Bahn benutzt werden kann, sollen die Mitglieder als
 Arbeitslohn bezahlt werden. Wenn in dringenden Fällen die
 Leistung von Lieberstunden oder Sonntagsarbeit notwendig
 wird, so sollen diese Arbeiten mit 65 A pro Stunde bezahlt
 werden. Für Dampfseil- und Wadenarbeit wird pro Stunde
 A. 1 und für Wasser- und Abtragsarbeiten werden pro Stunde
 65 A gefordert.

Der Zweigverein Witzel hielt am 18. Januar eine Mit-
 gliederversammlung ab. Die Versammlung gab dem Bundese-
 ausdruck, daß die vier Delegierten vom Gau Frankfurt a. M.
 dahin wirken möchten, daß in § 1 der Passus: mit Ausschluß
 aller politischen und religiösen Fragen, in Wegfall komme. Es
 wurde im Laufe der Debatte betont, daß Kollege Wittenburg
 auf dem Gewerkschaftskongress in Sachen der Leipziger Bau-
 drucker in Uebereinstimmung mit fast allen Delegierten erklärt
 habe, daß es zwischen Partei und Gewerkschaft keine Trennung
 geben dürfe, sondern daß sie beide ergänzen müßten (siehe
 Seite 104 des Protokolls vom 8. R.). In unserem benach-
 barten Ober-Erzbischof hat freilich der Platz den Grund-
 steinverbreiter gefragt, wer ihm die Erlaubnis gäbe, den
 „Sozialdemokratischen“ Grundstein zu verbreiten! Die
 vom Verbandsvorstand beantragte Krankenunterstützung wurde
 von der Versammlung insofern verworfen, als die Monate
 Dezember, Januar und Februar als Unterstüßungsmonate aus-
 geschlossen sind. Sind doch die Herbstmonate, in denen wir fast
 immer der nachteiligen Witterung ausgesetzt sind, die besten
 Krankheitsförderer. Im Sommer sind nur vereinzelte Krank-
 heitsfälle in unserem Verlaufe zu verzeichnen, denn beim warmen
 Sommerwetter werden die Proletariatkrankheiten, wie Rheuma-
 tismus, nicht so sehr zurückgehalten, um dann im Herbst und
 Winter desto stärker aufzutreten. Auch äußerten sich einige
 Kollegen scharf darüber, daß man noch Korzenzist (Wartezist)
 mit einfließen würde. Es wurde über die Krankenunterstützung
 noch viel debattiert und wurde beschlossen, folgende von Kollegen
 Schneider vorgelegte Skala für die Unterstützung zu beantragen.
 Die Delegierten von Frankfurt a. M. werden ersucht, dem Ver-
 bandstag diese Skala zur Annahme zu empfehlen. Darnach
 soll sich die Unterstützung bemessen:

Bei einer Mitgliedschaft d. 1 Jahr pr. Tag	A. —	50	frs 25 Tage
" " " " " " " " " "	"	60	" 80
" " " " " " " " " "	"	65	" 85
" " " " " " " " " "	"	70	" 90
" " " " " " " " " "	"	75	" 95
" " " " " " " " " "	"	80	" 100
" " " " " " " " " "	"	85	" 105
" " " " " " " " " "	"	90	" 110
" " " " " " " " " "	"	95	" 115
" " " " " " " " " "	"	100	" 120

Diese Unterstützung soll ohne Rücksicht auf die Jahreszeit
 ausbezahlt werden. Sodann wurden einige geschäftliche Ange-
 legenheiten erledigt.

Der Zweigverein Werder a. S. hielt am 11. Januar
 eine Versammlung ab, in welcher zunächst die Abrechnung vom
 vierten Quartal verlesen wurde. Darauf ergreift der Vor-
 sitzende das Wort zu einem kurzen Uebersicht über das ver-
 gangene Jahr. Der Referent dankte den Kollegen für das dem
 Verbandsausgange entgegengebrachte Interesse. Dem Kassier wurde
 Decharge erteilt. Hierauf wurden die Wahlen zum Vorstand
 vorgenommen. Albert Räter wurde als Vorsitzender und
 Wilhelm Hasehoff als Kassier gewählt. Dann erfolgte die
 Wahl eines Delegierten zum Verbandstage. Es waren
 102 Kollegen anwesend, davon gaben 99 ihre Stimmen dem
 Kollegen Wilhelm Hasehoff. Beschlossen wurde, der Vorstand des
 Zweigvereins möge sich mit den Vorständen der anderen am
 Orte befindlichen Gewerkschaften in Verbindung setzen, um die
 Errichtung eines Gewerkschaftsgerichtes am hiesigen Orte anzuführen.
 Am Schluß der Versammlung wurde noch bekannt gegeben,
 daß zwei Kollegen neu aufgenommen und die Maurer Hermann
 Wiedtke sen. und Martin Wiedtke auf Grund des § 18 aus
 dem Verband ausgeschlossen sind.

Der Zweigverein Wollin hielt am Sonntag, den 18. Janu-
 ar, seine erste diesjährige Mitgliederversammlung ab, welche
 von beinahe sämtlichen Kollegen besucht war. Zum ersten
 Punkt der Tagesordnung: „Wie stellen wir uns zu einer Lohn-
 forderung?“ hielt unser Vorsitzender, Aug. Köhn, einen Vor-
 trag, der mit Beifall aufgenommen wurde. Es wurde be-
 schlossen, vom 1. März d. J. die zehnstündige Arbeitszeit und
 einen Stundenlohn von 87 A zu fordern. Weiter wurden
 im Sommer elf Stunden gearbeitet für einen Stundenlohn von
 32 A. Baubünden und Aborte sind bis jetzt auf keiner Bau-
 stelle zu finden. Die Kollegen wollten nicht, wo sie ihre Wahl-
 zeiten in den kalten Tagen halten sollten, noch ihre Notdurft
 verrichten konnten. Auch ist hier 14 tägige Bezahlung üblich,
 und Sonnabends muß man oft bis 9 Uhr Abends warten, um
 den in den 14 Tagen verdienten Lohn zu bekommen. Außerdem
 gibt es noch viele Angelegenheiten, die dringender einer
 Regelung bedürfen. Als Delegierter zum Verbandstage in Berlin
 wurde der Kollege Schulz mit 28 Stimmen gewählt. Abdann
 erfolgte die Wahl der örtlichen Verwaltung. Gewählt wurde
 als erster Vorsitzender August Köhn, als Kassier Emil Drems.
 Die vom Kassier verlesene Abrechnung vom 4. Quartal wurde
 für richtig befunden; dem Kassier Drems wurde Decharge er-
 theilt. Im Anschluß hieran gab der Vorsitzende eine Uebersicht
 über die Jahresabrechnung sowie über die Thätigkeit des
 Vereins. Es wurden dem Vorsitzenden und dem Kassier je
 eine Entschädigung von A. 12 bewilligt. Zum Schluß ließen
 sich mehrere Kollegen in unsere Organisation aufnehmen. Nach
 einer warmherzigen Aufforderung des Vorsitzenden, die Kollegen
 möchten immer, in guten und in schlechten Zeiten, zum Verband
 halten und jederzeit für die Ausbreitung und Stärkung der
 Organisation thätig sein, erfolgte Schluß der Versammlung.

Krankenkasse.

Die Filiale Mannheim der Zentralkrankenkasse „Grund-
 stein zur Einigkeit“ hielt am Sonntag, den 11. Januar, ihre
 diesjährige Generalversammlung ab. Anwesend waren 28 Mit-
 glieder. Aus dem Jahresabschluss ging hervor, daß die Filiale
 Mannheim im Jahre 1902 einen Zufluß von rund M. 2000
 erhielt. Nachdem die Abrechnung von den Referenten für gut
 befunden worden, wurden die Wahlen zur Verwaltung vor-

genommen. Der selbige Kolster Daumann wurde wieder- gemählt. Im Punkt "Beschwerden" verlas der Kolster Hieser die Abrechnung von der Kleinmachenseiter, welche einen Lieber- schuß von M. 11,82 ergab, so daß in dieser besonderen Klasse ein Bestand von M. 85,89 vorhanden ist. Die Hälfte dieses Geldes soll für Agitation in Mannheim verwendet, um neue Mitglieder zu gewinnen und damit in diesem Jahre der Hauptkassier selber zugeführt werden können. Der Rest des Geldes ist auf der Sparkasse zu belagern. Die Zahl der Mitglieder beläuft sich auf 115. Bemerkenswert ist noch, daß von den Kassennmitgliedern kaum ein Fünftel unserer Gemerkschaft, dem Zentralverband, angehört, obwohl die Kasse doch nur von organisierten Kollegen gegründet worden ist.

Vom Bau.

Anfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Hamburg (Gerichtsbüro). Am Bau des Inter- nementes Quast, an der Ecke von Alsterdammweg und Curisch- mannstraße, brach am Mittwoch ein Theil des Gerüstes ab, der über das Arbeitsgerüst als Robest zur Lagerung von Materialien hinausgebaut war. Dabei verunglückten zwei Arbeiter, der Eine anscheinend sehr schwer. Zur Zeit des Zusammenbruchs war das Gerüst nur mit drei Ecken Bement und dem Gewicht der beiden Arbeiter belastet, während früher beim Mauern zeitweilig bedeutend schwerere Lasten darauf abgelagert wurden, denn acht Steinträger besetzten das Robest als Beschlag. Das Unglück sollte den Unternehmern, der Baubehörde und auch den Arbeitern eine eindringliche Lehre sein, die Gerüste des Oeffentlichen auf ihre Tragbarkeit zu prüfen und moöglich geordnete Stütze recht- zeitig auszumergen. Wie wir hören, hat die Staatsanwaltschaft die gedrohenen Anklagebäume beschlagnahmt.

Baueinsturz in Kiel (bei den Wenzelrieden ver- n. 11). Am 27. Januar, kurz vor 9 Uhr Morgens, stürzte in der Frankentrase ein vom Unternehmer Mohr errichtetes fünfstöckiges Wohnhaus in sich zusammen, auf dem schon die Schieferdecker mit der Eindeckung des Daches beschäftigt waren. Nach Verichten in den vieler Zeitungen, haben sich die Vorgehens des Einsturzes schon bald nach 8 Uhr be- merkbar gemacht, und der Parlier will die am Bau be- schäftigten Arbeiter sofort auf die Gefahr aufmerksam ge- macht und zum Verlassen des Hauses aufgefordert haben. Trotzdem sind ein Dachdecker, ein Maurer und ein Maurer- lehrling unter den Trümmern zu Tode gekommen; zwei anderen Dachdeckern gelang es, sich auf das Dach des Nach- barhauses zu retten. Der Einsturz verursachte ein furcht- bares Getöse, das in der ganzen Umgebung vernommen wurde. Der meistens größte Theil des Hauses fiel in sich zusammen, und dort, wo Dienstag früh noch ein stattlicher, wegen seiner schönen Formen sich hervorhühender Neubau stand, lag jetzt ein wildes Chaos von Trümmern. Die eisernen Verbindungen im Innern, die Stützen der Walfons sind wie Papierblätter zerbrochen oder zusammengedrückt. Sofort nach dem Einsturz begannen die Versuche, den auf so furchtbare Weise verschütteten Hülsen zu bringen. Die städtische Feuerwehre wurde alarmirt und der Baubdirektor Freiherr v. Wolke eilte sofort mit zahlreichen Mannschaften der verschiedenen Wachen an die Unglücksstätte. Bald darauf langten auch die Sanitätswagen, die Dampfspritze und die großen mechanischen Leitern auf der Unglücksstätte an. Nützlich wurde mit den zur Auffindung der Verschütteten geeigneten Arbeiten sofort begonnen und gegen 10 Uhr wurde die Leiche des Dachdeckers Ströb aus dem Trümmer- haufen gezogen. Der Verunglückte war von dem nieder- gegangenen Mauerwerk vollständig gedrückt worden. Wäh- rend der Rettungsarbeiten fügte der bisher noch festen gebliebene Theil des Neubaus ein, so daß von dem ganzen Bau nur noch ein großer Trümmerhaufen übrig geblieben ist. Mit feberhafter Hast wurde weiter gearbeitet; mehr als 60 Mann beschäftigten sich bei dem Rettungswerk. Endlich, nach 7 Uhr wurde die Leiche des Maurers Delleks mit ge- brochenem Genick gefunden. Mit neuen Mannschaften wurde nach 8 Uhr rüstig weiter gearbeitet. Die Unfallstelle vor Abends ein düsteres Bild, sie wurde durch das Licht der Fackeln spärlich beleuchtet; eine dicke Aufschuermenge umstand höfentlich die Stelle. Die Leiche des Bekleidungs Arbeiter wurde Nachts 12 Uhr aufgefunden. Der Körper lag im Treppenhause und wies ver- schiedene schwere Verletzungen auf; so war beispielsweise der Schädel eingedrückt. Der Bauinternier Mohr wurde Dienstag Abend verhaftet und Mittwoch früh dem Untersuchungsgefängnis zugeführt. Am Mittwoch wurde Mohr gegen Stellung einer Kaution in Höhe von M. 5000 auf freien Fuß gesetzt. Auf der Unglücks- stätte fanden bereits Dienstag eingehende Untersuchungen wegen der Ursachen der Katastrophe statt. Fragleute sind der Ansicht, daß der beim Bau verwendete Mörtel nicht die nöthige Binde- kraft besaß; auch soll die Veranierung des Baues nicht genügend gewesen sein, unvollständiger, da der Baugrund theil- weise aus Moorboden besteht. Uebrigens ist nicht außer Be- tracht zu lassen, daß die untersten Stockwerke von Streik- brechern hochgemauert wurden. Am meisten erleuchtet über den Grund des Einsturzes sind ungewisselhaft die "Kiel- Neueste Nachrichten"; dieses Blatt hat nämlich entdeckt, daß ein Mollwagen plötzlich vor dem Bau stillgeblieben und dadurch die Erschütterung und den Einsturz herbeigeführt habe. Der zweite Mollwagen, welcher unmittelbar neben dem am Dienstag eingestürzten Hause liegt, ist Vormittags durch Beamte des städtischen Bauamtes gepreßt worden. Eine Ge- fahr liegt nicht vor. Die inhiirten Arbeiten wurden am Mitt- woch Nachmittag wieder freigegeben. Ein dreifödiges, im Rohbau fast vollendeter Neubau in Dietrichsdorf bei Kiel, muß auf Anordnung der Polizei wieder abgetragen werden, weil nach banamtlichen Gutachten der Bau einzustürzen drohte. Spätere Ursache ist schlechtes Material.

Baueinsturz in Plauen i. V. Am Neubau des Architekts Hauptmann (Victoriastraße) stürzte die 6 m hoch- gehöhrte Hinterfront ein. Bei dem Abbruch des steingebenen Theiles der Wand brach auch noch das Gerüst zusammen, wobei ein Maurer einen Armbruch davontrug.

(Baueinsturz vor Gericht.) Vor dem Land- gericht in Plauen hatten sich am 21. Januar die Internier G. E. K. und H. E. K. zu verantworten. Sie waren ange- klagt, schuldiger Weise den Einsturz eines Neubaus (Schneefeldstraße) herbeigeführt zu haben. Menschen sind bei dem Einsturz nicht zu Schaden gekommen. Nach den Gutachten der Sachverständigen ist die Ursache des Einsturzes auf viele

Mängel der Bauausführung, besonders auf den ungenügenden Grund, mangelhafte Verankerung und schlechten Mörtel zurück- zuführen. Die Angeklagten entkuldigten sich damit, daß sie nicht zuzulassen gehabt hätten und darum nicht Alles genau beobachtet könnten!!! Ge- ner wurde zu M. 500 und Helbig zu M. 800 Geldstrafe verurtheilt.

Baueinsturz in Wobynwinkel. In einem Fabrikbau an der Königstraße stürzte am 26. Januar eine Mauer total ein; glücklichweise kamen Menschen nicht zu Schaden. Um einen nochmaligen Umsturz vorzubeugen, hat man die neu auf- geführte Mauer mit sieben Stützen "versichert". Der Unter- nehmer des Kunstbaues heißt Diddel.

Folgen der Streikbrecherarbeiten zeigen sich an dem Mollereigebäude in W. d. S. h. g. (Machiner Arbeits- gebiet). Bei der Inbetriebsetzung der Mollerei stellte sich heraus, daß einige Gewölbe wieder abgetragen und durch neue ersetzt werden mußten. Der Fußboden mußte gleichfalls neu gepflastert werden. Die Machiner Mauer wird der Meinung, daß die Berliner Streikbrecher zu "naß" gearbeitet haben.

Eingegangene Schriften.

"Neue Zeit" (Stuttgart, Dietz Verlag), 18. Heft des 21. Jahrganges. Die "Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämtern und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen. In der Zeitungs- preisliste der Postanstalten ist die "Neue Zeit" unter Nr. 5575 ein- getragen, jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonnirt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probe- nummern stehen jederzeit zur Verfügung.

"In Freien Stunden". Von dieser illustrierten Roman- bibliothek liegen uns die Hefte 3 und 4 des neuen Jahrganges vor. Die Hefte erscheinen wöchentlich zu 10 Pf. Bestellungen nimmt jeder Kolporteur, sowie die Expeditionen der Parier- blätter und die Post (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 8855) entgegen. Wir können unseren Lesern das Abonnement empfehlen.

Briefkasten.

* Die Nr. 7 umfaßt 16 Seiten. Redaktionschluss Mon- tag Mittag. Den Berichterstattern zur gefälligen Kenntnismahme, daß es auch diesmal nicht möglich war, alle Berichte zum Abdruck zu bringen. Schon die in den letzten Tagen der vorigen Woche eingegangenen Berichte mußten zurückgelegt werden.

G. G. Der Abdruck der Artikel wird sich wohl noch etwas verzögern.

Greif, Vorstand. Was Sie zu befehlen haben, können Sie bei den Anzeigen gleich nachlesen. Bitte, machen Sie sich mal die Mühe.

M. D. W. Warum Sie die Nr. 4 des "Grund- stein" nicht rechtzeitig erhielten, wollen Sie wissen. Hier ist die Antwort: Ihre erste Bestellkarte war aus Küstrin datirt und selbstverständlich ist dann die Sendung nach Küstrin, Wilfers- dorferstraße, adressirt worden; freilich ist sie ebenjoprobt zurückgekommen, weil weder Sie noch die Strafe in Küstrin auffindbar waren. Inzwischen ist die Sache wohl erledigt.

Moorburg, R. Derartige Anzeigen nehmen wir nicht mehr auf. Die Geschichte können Sie durch einen Brief viel besser erledigen; wenn der Mann dann seinen Pflichten nicht nachkommt, muß er ausgeschlossen werden. Ob wir schon einmal eine solche Anzeige von Ihnen erhalten haben oder nicht, können wir mit Bestimmtheit nicht sagen. Jedenfalls hätten Sie vorstehende Antwort schon damals erhalten, wenn wir in den Besitz Ihrer Anzeige gekommen wären.

Streikabrechnungen.

Mauerstreik und Aussperrung im Streikgebiet Hamburg im Jahre 1902. Einnahme. Aus der Hauptkasse erhalten... M. 69514,16

Ausgabe. Für Streikunterstützung an: 1738 bereitwillige Kollegen... M. 65329,95

Für die Richtigkeit der vorstehenden Abrechnung: Die Revisoren: Heinrich Krüger-Hamburg, Wilh. Gödecke-Wandsbek, Wilhelm Albrecht-Hamburg, Wilhelm Otto-Altona.

Zentralverband der Maurer. Bekanntmachung des Verbandsvorstandes. Delegirtenwahlen zum Verbandstag in Mainz. a) Ergebnis der Hauptwahl. Gewählt sind:

Table with 3 columns: Wahl- ab- theilung, Name des Gewählten, Name des Zweigvereins. Lists names like Carl Niede, Carl Banjer, S. Silberchmidt, etc.

Zahl- st. Nr.	Name des Gewähltes	Name des Zweigvereins
96	S. Gneipel	Greis
97	D. Kühn	Gera
98	S. Witzke	Reisenfels
99	S. Walter	Erfeld
100	H. Müller	Wierzbürg
101	E. Harig	Zeitz
102	H. Weide	Trebitz a. d. Elbe
103	August Dreffert	Leipzig
104	W. Klein	Thüringen
105	S. Kollmorgen	Greßmühl
106	H. Jahn	Hofsa
107	H. Schröder	Gr. Wöders
110	Wilhelm Lindau	Gommern d. M.
111	E. Fritze	Burg a. M.
112	H. Ernst	Zangermünde
113	H. Bräuer	Rehndorf
117	August Wünnig	Wanzenburg
119	Chr. Souer	Mannheim
120	E. Rothweiler	Freiburg
121	Jacob Störz	Seyers
122	Franz Hartl	München
126	H. Schmidt	Zeitz
127	S. Röder	Berg a. M.
128	L. Wibe	Anklam
130	S. Krämer	Walsdorf
131	H. Köppen	Brenzlau
133	E. Lehmer	Byritz
134	S. Wöfel	Cöslin
135	L. Styr	Stuttgart
136	T. Welsch	Walldorf

b) Stichwahlen
haben stattgefunden in den Wahlabteilungen 1, 2, 16, 20, 28, 38, 52, 58, 68, 69, 73, 78, 87, 93, 108, 114, 115, 116, 118, 124, 125, 129, 132.
Die Wahlresultate sind folgende:
In der 1. Wahlabteilung ist für 9 Delegierte die Wahl entschieden; es wurden 1046 Stimmzettel abgegeben. Die absolute Majorität beträgt 524 Stimmen. Von den übrigen Kandidaten erhielten **H. Waischnig** 459, **Ferd. Brauer** 487, **Fr. Gerhard** 391, **August Wittig** 317 Stimmen. Von diesen 4 Kandidaten sind 2 durch Stichwahl zu wählen.
In der 2. Wahlabteilung wurden abgegeben für Burgmann-Friedrichshagen 53, Helling-Capend 45, andere Kandidaten 24 Stimmen. Stichwahl zwischen **Burgmann** und **Helling**.

In der 18. Wahlabteilung wurden abgegeben für Poppe-Fähring 72, Schulz-Neu-Sirecht 36, für andere Kandidaten 44 Stimmen. Stichwahl zwischen **Poppe** und **Schulz**.
In der 20. Wahlabteilung wurden abgegeben für Wolsche-Häufel 24, Wieseke-Neubau 27, für andere Kandidaten 23 Stimmen. Stichwahl zwischen **Wolsche** und **Wieseke**.

In der 28. Wahlabteilung wurde Schulz-Polen mit 97 Stimmen gewählt; ferner wurden abgegeben für Wegner-Wefer 48, Worowicz-Polen 44 Stimmen. Stichwahl zwischen **Wegner** und **Worowicz**.

In der 38. Wahlabteilung wurden abgegeben für Siemers-Brinlum 84, Wiltner-Werden 57, für andere Kandidaten 28 Stimmen. Stichwahl zwischen **Siemers** und **Wiltner**.

In der 52. Wahlabteilung wurden abgegeben für Hettmann-Stoll 100, Kretze-Elbing 59, für andere Kandidaten 78 Stimmen. Stichwahl zwischen **Hettmann** und **Kretze**.

In der 68. Wahlabteilung wurden abgegeben für Müller-Duisburg 48, Langheinrich-Münster 55, für andere Kandidaten und zerplittert 43 Stimmen. Stichwahl zwischen **Müller** und **Langheinrich**.

In der 68. Wahlabteilung wurden abgegeben für Baubler-Roburg 90, Klisch-Jena 54, für andere Kandidaten und zerplittert 39 Stimmen. Stichwahl zwischen **Baubler** und **Klisch**.

In der 69. Wahlabteilung wurden abgegeben für Hüttemann-Franfurt 1043, Roth-Franfurt 858, Schneider-Wibel 627, Niehl-Dormoren 659, Schmidt-Fischbach 386 Stimmen. Die ersten drei sind gewählt. Stichwahl zwischen **Niehl** und **Schmidt**.

In der 78. Wahlabteilung wurden abgegeben für Krug-Gersdorf 60, Winter-Giesen 89, andere Kandidaten 51 Stimmen. Stichwahl zwischen **Krug** und **Winter**.

In der 78. Wahlabteilung wurden abgegeben für Steens-Jehee 72, Heermann-Neumünster 69, andere Kandidaten und zerplittert 30 Stimmen. Stichwahl zwischen **Steens** und **Heermann**.

In der 87. Wahlabteilung wurden abgegeben für Stamm-Bielefeld 38, für Krauß-Bielefeld 37, für andere Kandidaten und zerplittert 3 Stimmen. Stichwahl zwischen **Stamm** und **Krauß**.

In der 93. Wahlabteilung wurden abgegeben für Krause-Mölln 87, Berger-Weidau 93, für andere Kandidaten 16 Stimmen. Stichwahl zwischen **Krause** und **Berger**.

In der 108. Wahlabteilung wurden abgegeben für Einzel-Waren I. Nr. 124, Behrens-Bachim 92, andere Kandidaten und zerplittert 44 Stimmen. Stichwahl zwischen **Krause** und **Behrens**.

In der 114. Wahlabteilung wurden abgegeben für Heddigau-Schadenleben 79, Richter-Groß-Saige 57, andere Kandidaten und zerplittert 88 Stimmen. Stichwahl zwischen **Heddigau** und **Richter**.

In der 115. Wahlabteilung wurden abgegeben für Ritter-Coffe 35, Müller-Werburg 34, zerplittert 3 Stimmen. Stichwahl zwischen **Ritter** und **Müller**.

In der 116. Wahlabteilung wurden abgegeben für Laute-Berth 28, Schneider-Deffau 22, andere Kandidaten und zerplittert 57 Stimmen. Stichwahl zwischen **Laute** und **Schneider**.

In der 118. Wahlabteilung wurden abgegeben für Wendler-Halberstadt 57, Anklam-Halberstadt 43, andere Kandidaten 40 Stimmen. Stichwahl zwischen **Wendler** und **Anklam**.

In der 124. Wahlabteilung wurden abgegeben Neumann-Nitz 86, Merck-Nitzberg 79, andere Kandidaten und zerplittert 21 Stimmen. Stichwahl zwischen **Neumann** und **Merck**.

In der 125. Wahlabteilung wurden abgegeben für Hüb-Schneifurt 78, Stranz-Weißau 36, andere Kandidaten und zerplittert 74 Stimmen. Stichwahl zwischen **Hüb** und **Stranz**.

In der 129. Wahlabteilung wurden abgegeben für Neumann-Nitz 86, Merck-Nitzberg 79, andere Kandidaten und zerplittert 69 Stimmen. Stichwahl zwischen **Neumann** und **Merck**.

In der 132. Wahlabteilung wurden abgegeben für Lessen-dorf-Altkamm 46, Bärske-Podejuch 35, andere Kandidaten und zerplittert 63 Stimmen. Stichwahl zwischen **Lessendorf** und **Bärske**.

Die Stichwahlprotokolle müssen bis zum **27. Februar** in Händen des Vorstandes sein. Später eingehende Protokolle können keine Berücksichtigung finden.

Vom Verbandsvorstande bestätigt
sind die neu gewählten Vorstandsmitglieder derjenigen Zweigvereine, welche bisher Mitteilung gemacht haben.

Als verloren gemeldet
sind die Mitgliedsbücher der Kollegen Christian Bergstedt-Gamm (neue Buch-Nr. 76 683), Otto Volkowatz-Bromberg (alte Buch-Nr. 184 436).

Ausgeschlossen
sind auf Grund § 18 a des Statuts vom Zweigverein Deltisch: Karl Jacharias (Buch-Nr. 28 945), Heinrich Jacharias (263 604); **Werber a. d. Sabel:** Mathias (68 079), Wirtke (068 998); vom **Verbandsvorstande:** Albert Andres (082 313), Wilhelm Andres (082 312), Weide in Leipzig.

Der Vorstandsvorstand.

Abrechnungen für das 4. Quartal
wurden vom 27. Januar bis 2. Februar aus folgenden Zweigvereinen eingekandt: Alvensleben, Auerbach, Weidau, Wanzenburg i. Harz, Brate, Bremerhagen, Cappel, Coeacu, Crefeld, Emben, Frieda, Gabelsberg, Greiz, Grünberg i. Sächl., Gültelbiele, Heitronum, Herzberg, Hinterie, Krafow, Lambrecht, Lübbelien, Marienwalde, Mühlberg, Münster i. B., Nordenham, Ostleben, Ostrode i. Pr., Pödejuch, Reinfeld, Reichenhagen, Schöpflurth, Seelen, Stablin, Stolp, Thalheim, Weibers.

Aus den Gauen Berlin, Braunschweig, Breslau, Cappel, Cöln, Dortmund, Erfurt, Hamburg, Hannover, Oberhessen und Stuttgart sind die Abrechnungen für das 4. Quartal alle hier.

In der Zeit vom 27. Januar bis 2. Februar 1903 sind folgende Beträge bei der Hauptkasse eingegangen:

Hauptkasse.
Von den Zweigvereinen Gültelbiele M. 391,15, Seelen 190, Grimmilchau 100, Löwenberg i. Sächl. 86,88, Crefeld 70,08, Gabelsberg 48,76, Mühlberg i. Thür. 12,48, Greiz 412,88, Weidau 99,92, Brate a. d. Weiser 41,84, Stablin 12,63, Alvensleben 81,26, Lambrecht 6,30, Lübbelien 152,10, Nitterberg 28,20, Krafow i. Weid. 16,80, Marienwalde 62,45, Reinfeld 40, Cottbus 14,83, Thalheim 5, Cöslin 70,45, Nordenham 49,70, Kappel und Umgegend 488,74, Pödejuch 153,10, Frieda bei Gehrwe 70,45, Augsburg 89,02, Potsdam von der Streifenunterstützung zurückgelandt 188, Mauen von der Streifenunterstützung zurückgelandt 3,90.

Für Broschüre „Das Maurergewerbe in der Statistik“ Sternberg i. Meckl. M. 2,50, Seelen 8,50, Löwenberg 6,50, Greiz 9,50, Brate 2,50.

Für Futterale für Mitgliedsbücher. Crefeld M. 1,50, Marienwalde 3, Großwig 1,50, Wannsee 2,50.

Für Statistik. Sternberg i. Meckl., Crefeld, Lambrecht und Nordenham je M. 2,50.

Für Broschüre „Lohnkasseler und Minimallohn“ Brate, Alvensleben, Lambrecht, Nordenham je M. 0,25 und Pödejuch 0,50.

Für Protokolle vom 6. Verbandstag in Mainz. Frieda b. Gehrwe M. 1.

Hamburg, den 2. Februar 1903.
F. Köster,
Hamburg-S; Bremerstr. 11, 1. Et.

Zentralkrankenkasse.
(Grundstein zur Einigkeit.)
In der Woche vom 25. bis 31. Januar sind folgende Beträge eingegangen: Von der Bezirksverwaltung in Hamburg M. 400, Blankenburg (Harz) 50, Summa M. 450.

Zufüsse erhielten: München M. 500, Stuttgart 300, Schwerin i. Meckl. 200, Jagnid. 200, Wilmersdorf 200, Ostrow 150, Hannover 150, Essen a. d. Ruhr 150, Götting i. Meckl. 150, Friedrichsberg 150, Dortmund 150, Reinickendorf 100, Solingen 100, Markorn 100, Bahna 100, Dresden 100, Deffau 100, Wittenb. 100, Döberan i. Meckl. 80, Joachimsthal 75, Neuzelle 60, Schierstein 60, Bunsau 60, Zabr i. B. 50, Franzenhof 40, Wollenbüttel 30, Weierich 30, Summa M. 3475.

Alexa, den 21. Januar 1903.
J. A.: Karl Reih, Hauptkassier, Wilhelmstr. 57.

Zeitschriften.
Den reisenden Kollegen zur Kenntnis, daß in Luckau Reiseunterstützung nicht mehr ausgezahlt wird. [M. 1,20]

Gollnow.
Reiseunterstützung wird jetzt von **Herrn Bartelt** ausgezahlt. B. u. r. o. w. ist seines Postens enthoben. [M. 1,50]

Meerane i. S.
Somabend, den 14. Februar, keine Mitgliederversammlung. [M. 1,20]

Luckenwalde.
Den Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ zur Kenntnis, daß für dieses Jahr die Krankenkasse beim Kassier zu entstehen wird. [M. 1,80]

Königsberg i. Pr.
Wir Unterzeichneten haben uns in der Streitigkeit gegen die Beschlüsse der organisierten Maurer Königsbergs vergangen. Wir erklären hiermit, solche Fehler nicht wieder zu begehen. [M. 2,40]

Erklärung.
Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich während der Ausperrung nicht wieder beim Meister Engelle arbeite. [M. 1,20]

Veranstaltungen-Anzeiger.
Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, 8. Februar.
Bayreuth. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung. L. D.: Agitation. [M. 1,20]

Frankenhausen (Kfth.). Nachmittags 4 Uhr im „Barbarossapalast“. Nachmittags 8 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Seesen. Nachmittags 4 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Stendal. Nachmittags 4 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Blitterfeld. Nachmittags 4 Uhr. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. [M. 1,20]

Schmalkalden. Nachmittags 4 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Zentral-Krankenkasse der Maurer i. S.
Sonntag, 8. Februar.
Berlin. Nachmittags 4 Uhr. [M. 1,20]

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder. Die Beile steht 15 A.)

Altenburg. Sonnabend, den 24. Januar, starb unser Kollege **Heinrich Jahn** in Wöders.

Bromberg. Am 24. Januar starb unser Verbandskollege **Otto Böhlke** im 66. Lebensjahre an Herzschlag infolge Rheumatismus.

Bunsau. Am 24. Januar starb unser Verbandsmitglied **Ferdinand Gottwald** nach kurzem, schwerem Leiden im Alter von 37 Jahren.

Dreieichenhain. Am Freitag, den 30. Januar, verschied plötzlich unser Kollege **Georg Eisenbach** im Alter von 26 Jahren.

Kiel. Am 27. Januar starb durch Unglücksfall unser Mitglied **Carl Bethfels** im Alter von 19½ Jahren.

Landsberg a. d. W. Am 26. Januar verstarb unser treues Mitglied **W. Tafel** im vollendeten 61. Lebensjahre.

Sitz i. W. Am 29. Januar starb unser Verbandsmitglied **Hermann Spalding** im Alter von 45 Jahren an Lungenleiden.

Reuhalsleben. Am 29. Januar starb infolge Wutsturzes unser Verbandskollege **Heinrich Stude** im Alter von 61 Jahren.

Reuhau a. d. Elbe. Am 25. Januar verstarb unser treuer Verbandskollege **Ernst Basse** im Alter von 45 Jahren an Lungenleiden.

Rambach. Am 30. Januar verschied unser treues Mitglied **Heinrich Schneider** im Alter von 56 Jahren nach schwerer Krankheit.

Schneifurt. Am 24. Januar verstarb nach schwerer Krankheit an Speiseröhrentrebs unser langjähriges Mitglied und Mitbegründer unseres Zweigvereins **Georg Hitz** im Alter von 42 Jahren.

Seidau. Am 28. Januar starb unser treues Verbandsmitglied, der Maurer **Wilhelm Siedt**, im Alter von 68 Jahren an Infarkthoden.

Warin. Am 30. Januar entfiel nach kurzer, schwerer Krankheit unser treues, im 20. Lebensjahre liegendes Verbandsmitglied **Hans Utermark** aus Gr.-Zeßlin. [M. 1,20]

Sterbegeld.
In der Zeit vom 25. bis 31. Januar 1903 bezahlt worden für nachstehend bezeichnete Mitglieder resp. deren Frauen: [M. 1,20]

Ernst Schüring-Berlin (Frau), Buch-Nr. 4787; Karl Döbrack-Berlin (Frau), 048 552; Ernst Jengler-Gommern, 72 687; Michael Schirmer-Grimmitzschau, 183 672; Emil Fackert-Dresden (Frau), 18 557; Otto Wöhe-Bromberg, 56 846.

Die Anweisung zur Auszahlung des Sterbegeldes erfolgt nur nach Einlegung des Mitgliedsbuches des betreffenden Mitgliedes und der Sterbeurkunde desselben resp. einer Ehefrau, sowie nach Angabe des Alters und der Todesursache des oder der Verstorbenen. Beim Sterbefalle des Mitgliedes ist auch mitzuteilen, wer Anspruch auf Sterbegeld erhebt.

Vertichtigung: In Nr. 6 des „Grundstein“ muß es nicht Deutsch-Krone, sondern Deutsch-Krawarn heißen.

Meerane i. S.
Somabend, den 14. Februar, keine Mitgliederversammlung. [M. 1,20]

Luckenwalde.
Den Mitgliedern der Zentral-Krankenkasse „Grundstein zur Einigkeit“ zur Kenntnis, daß für dieses Jahr die Krankenkasse beim Kassier zu entstehen wird. [M. 1,80]

Königsberg i. Pr.
Wir Unterzeichneten haben uns in der Streitigkeit gegen die Beschlüsse der organisierten Maurer Königsbergs vergangen. Wir erklären hiermit, solche Fehler nicht wieder zu begehen. [M. 2,40]

Erklärung.
Ich Unterzeichneter erkläre hiermit, daß ich während der Ausperrung nicht wieder beim Meister Engelle arbeite. [M. 1,20]

Veranstaltungen-Anzeiger.
Verbandsversammlungen der Maurer.
Sonntag, 8. Februar.
Bayreuth. Nachmittags 4 Uhr Mitgliederversammlung. L. D.: Agitation. [M. 1,20]

Frankenhausen (Kfth.). Nachmittags 4 Uhr im „Barbarossapalast“. Nachmittags 8 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Seesen. Nachmittags 4 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Stendal. Nachmittags 4 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Blitterfeld. Nachmittags 4 Uhr. Der wichtigste Tagesordnung wegen ist es notwendig, daß alle Mitglieder erscheinen. [M. 1,20]

Schmalkalden. Nachmittags 4 Uhr im „Königsberg“. [M. 1,20]

Zentral-Krankenkasse der Maurer i. S.
Sonntag, 8. Februar.
Berlin. Nachmittags 4 Uhr. [M. 1,20]

Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.